

Überholter Volksbote.

Organ für die Interessen der verhängten Bevölkerung.

Herausgeber Nr. 385

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Herausgeber Nr. 93

Der „Überholter Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Feiertagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu bestellen. — Preis vierjährlich 1.60. Monatlich 55 Pf. — Postabonnement-Nr. 40892, letzter Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Zeitung oder deren Raum 15 Pf. für Verhandlungen, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf. auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 46

Sonnabend, den 24. Februar 1906

13. Jahrg.

Preis eines Exemplars.

Der Bund und die Duma.

1.

Vom Zentralkomitee des allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Russland wird uns geschrieben:

Die Ereignisse der letzten Zeit haben von neuem in den Reihen unserer Partei die überaus wichtige Frage unserer Stellungnahme zur Reichsduma aufgeworfen. Es muß von neuem beschlossen werden, ob die Taktik des alten Boykotts, welche wir vor dem Oktoberstreit bezüglich der Duma angewandt hatten, auch jetzt noch zweckmäßig ist. Viele Umstände haben dazu beigetragen, die Frage, die schon einmal gelöst wurde, wieder auftauchen zu lassen. Die Hauptursache davon ist das neue Wahlgesetz vom 11/24. Dezember, welches das Wahlrecht einigen neuen Schichten der Bevölkerung, darunter auch gewissen Kategorien der Arbeiter verleiht.

Der Dezemberstreit ist mißlungen, die bewaffneten Aufstände in Kostanji, in den Oberserprovinzen, in Rostow am Don und anderen Städten wurden niedergeschlagen. Alles dieses hatte zur Folge, daß man in manchen Kreisen unserer Partei zu zweiteln begann, ob es überhaupt möglich wäre, die Selbstverwaltung durch Gewaltsmittel zu stürzen. Die Reaktion, die die ganze bürgerliche Gesellschaft erfaßt hat, eine Reaktion, welche sich in wilder Gewaltsgewalt zu den Massenstreiks und allen anderen revolutionären Mitteln des proletarischen Kampfes und in großer Sehnsucht nach „Ruhe und Ordnung“, nach einer „starken Hand“, die der Anarchie ein rasches Ende bereiten soll, gräßigt hat; der Umstand, daß die Regierung uns plötzlich wieder alle legalen Formen des Kampfes, die sie durch das Zarenmanifest vom 17. bis 30. Oktober verhindert und stillschweigend den russischen Untertanen gewährt hat, unmöglich gemacht hat; die außerordentliche Schwierigkeit, unsere Parteitätigkeit den dadurch so wesentlich veränderten Bedingungen anzupassen und eine Volksbewegung, die während der kurzen Dauer der Herrschaft der „Freiheitlichen“ sich riesig ausgedehnt hat, in die enger Rahmen der alten illegalen Organisationsformen einzuschließen; die undenkbaren Schwierigkeiten der illegalen Tätigkeit, während im ganzen Lande der außerordentliche Schluß und der Kriegszustand herrscht, während die lokalen Behörden weitgehende Vollmachten über das Leben und die Existenz der Bevölkerung bekleidet haben, bei einer brutalen Polizeivollkár, die in den schlimmsten Zeiten eines Galgenministers Blechwe auch nicht annähernd ihresgleichen hatte, endlich auch eine gewisse Ermattung des Proletariats, das das ganze Jahr hindurch in einem Sturm gelebt und gekämpft hat, eine Müdigkeit, die es in diesem Moment, wie manche meinen, fast unfähig macht, der Revolutionären Widerstand zu leisten — dieses alles soll uns veranlassen, an den Wahlen teilzunehmen, um auf diesem Wege eine Basis für eine weitergehende politische Aktion zu sichern, die auf illegale Weise zu schaffen, jetzt unmöglich geworden ist.

Nun wollen wir aber die oben angeführten Erwägungen, die in gewissen Parteikreisen den Gehalten auskommen lassen, unserer Taktik bezüglich der Duma revolviert zu müssen, einer gründlichen Prüfung unterwerfen. Schon wie uns zunächst das Wahlgesetz vom 11/24. Dezember genauer an. Einerseits verleiht es den Arbeitern das Wahlrecht, andererseits aber entzieht es ihnen jegliche Möglichkeit, auf die Wahlen selbst, auf das Ergebnis derselben und auf die Zusammensetzung der Duma ihren Einfluß auszuüben. Dieses wird dadurch erreicht, daß die Wahlen der Arbeiter sozusagen durch ein dreifaches Sieb gehen müssen und die Wähler in Kloßens- und Standesdiensten eingeteilt werden; dadurch werden aber die Arbeiter von allen anderen Schichten der Bevölkerung abgesondert. Dieses beginnt schon auf der ersten und wichtigsten Stufe des Wahlkampfes; auch auf der letzten Stufe der Wahlen, wo das Ergebnis sich entscheidet, ist die Zahl der Wahlmänner aus der Arbeiterklasse so klein, daß sie tatsächlich in der Menge der städtischen Wähler, der Bauern, der Grundbesitzer und Bergl., sich völlig auf östl. und kleinen Einschl. auf die Wahlen eines Dutzend eingeschlagen, die das Wahlgesetz vom 11/24. Dezember erhält, vorläufig nicht äußerlich erkennen. Den Frauen ist das Wahlrecht überhaupt nicht gegeben, zu den Versammlungen haben Nichtwähler keinen Zugang, ferner muß streng beobachtet werden, daß zu einer Versammlung nur Wahlmänner eines bestimmten Wahlbezirkes zugelassen werden. Passives Wahlrecht haben nur solche Arbeiter, die nicht weniger als sechs Monate auf einer bestimmten Fabrik gearbeitet haben. Die Wahlen finden unter Aufsicht der Polizei und der Fabrikpatronen statt. Das Prinzip des ungleichen Wahlrechts ist sogar unter dem Fabrikproletariat selbst durchgeführt. So haben 20 kleine Fabriken, jede mit 50 Arbeitern, das Recht, 20 Deputierte zu wählen, eine Fabrik mit 1000 Arbeitern — nur einen Deputierten zu wählen. Auch Herold, der Herold des Volkswuchters, bequemte sich dazu, in den sauren Apfel zu beißen

gel — wenn der oben angeführte Hauptheuler auch nicht da wäre — machen das ganze Wahlrecht der Arbeiterklasse zu einer künstlich aufgebauten Null. Außerdem sind viele strategien der Arbeiterklasse überhaupt des Wahlrechts beraubt worden, so zum Beispiel die Handwerker und Arbeiter, welche in der Kleinstproduktion und in der Hausindustrie beschäftigt sind, das ganze ländliche Proletariat, Banarbeiter, Träger, Handlungsgeschäftsleute usw. Besonders für das jüdische Proletariat, das in seiner Hauptmasse sich im Handwerk und in der Kleinstproduktion beschäftigt, hat das neue Wahlrecht nicht die geringste Bedeutung. Das neue Wahlrecht spaltet sowohl das Proletariat Russlands in bezug auf seine politischen Rechte und bildet einen privilegierten und einen unterreichten Teil derselben. Damit wird die Kampfposition des Proletariats nur noch mehr geschwächt.

Es ist leicht einzusehen, daß das neue Wahlrecht nichts als die Karikatur einer Volksvertretung hervorbringen kann. Wie haben hier genug Beweise geleistet, daß die Teilnahme der Arbeiter an den Wahlen keinen Einfluß auf die Zusammensetzung der Duma haben kann. Nur in folgenden drei Fällen wäre es für die Arbeiter ratsam, an den Wahlen teilzunehmen:

1. Wenn es mit Sicherheit anzunehmen wäre, daß es möglich sein wird, die Duma von innen aus zur Auflösung zu bringen und auf ihren Trümmern eine konstituierende Nationalversammlung einzurufen;

2. wenn es bewiesen werden könnte, daß alle revolutionären Wege jetzt gesperrt seien und daß der einzige Weg zu Russlands Freiheit nur durch die Duma führt;

3. wenn es tatsächlich möglich wäre, die Wahlen für eine reelle politische Agitation, für eine politische Schulung und Organisation des Proletariats auszunützen.

Doch es möglich sein wird, die Duma von innen aus zu stürzen — darauf zu hoffen, haben wir wenig Grund; gerade umgekehrt, alles weist darauf hin, daß die Duma — wenn sie überhaupt einberufen werden sollte — als Sitz der selbstsicheren Regierung dienen wird. Darauf deuten die auffordernden Maßregeln, die von der Regierung gerade jetzt getroffen werden: man fordert alle demokratischen und sozialdemokratischen Elemente in großen Massen ein, man stiftet und verzögert die demokratische Presse und auch die bürgerlich-liberale („Molwa“, „Novosti“, „Nachrichten“), die sich gelegentlich eine kleine Dosis demokratischer Gewissenssühne zu schulden kommen läßt. Versammlungen werden aufzukündigen, Vereine aufzulösen, fast im ganzen Lande herrscht Kriegszustand und eine beständige Militärdiktatur; ferner legen die alten zarentreuen Reaktionsschichten eine außerordentliche Freundschaft zu der Duma an den Tag, was selbstverständlich sehr verächtlich ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage. Im Reichstage war am Donnerstag große Sitzung. An der Spitze einer ganzen Schwadron Minister und Staatsräte und nichtgeordneten Geheimräten vor der Reichskanzler erschienen. Doch der Unmut siedelte Wolfs-Lagerie über des Kanzlers glatten Gesicht, und nicht war Schwiegermutter Laura in der Diplomatenloge erschienen, um des zweiten Mannes der Tochter Triumphen beiwohnen. Laura Schwiegerjohn ist Alvens Vater unterlegen; der Sieger der chinesischen Boxer hat vor d. r. Verteidigung einen Rückzug antreten müssen, den auch seine schwarzgezackten Perioden nicht in einen Sieg umzuwandeln vermöchten. Man hat mit auffälligen Stimmlauten, Karo-ffischen Staatstreichen und Spahaschen Verbrechungen für den Generalstaats mit seinen wahrhaftig hohen Bollstäben durchgepeitscht und sich der trefflichen Waffe gingen, wie der man Amerika zu allen handelspolitischen Zugeständnissen zwingen würde. Jetzt aber, oh weh, muß man in einem Handelsprovisorium, das zunächst bis zum 30. Juli 1907 gehen soll, Amerika ohne Gegenleistung die Säße des deutschen Generalstaats zubilligen, wenn man nicht durch den Generalstaats einen Krieg verabschieden und in diesem biss den Kürzeren ziehen will. Diesbezüglich gestand Fürst Bülow diese Tatsache ein, und stand nicht ein einziger Bata, nur das Eingeständnis der Niederlage poatisch zu verkörpern, obwohl dort die Schlüsse aus „Othello“: „Ich gehe nach Venetia, dem Senat trüben Herzen während trübe Tat“ recht angebracht gewesen wäre und Theaterdirektor Reinhardt Schröder doch sehr in Mode gebracht hat. Nicht ein einziger Bravo folgte auf die Bühnrede; dem Kavaller befürigte ein eisiges Schweigen des ganzen Hauses die Kiederlage. Und doch ist das Prinzip, möglich wie es ist, noch das Vermüßigste, was die Mutterburg unter den obwaltenden Verhältnissen tun konnte. Das holen denn auch die Feindsinnigen Rumpf. Dovo, Dr. Bottthoff, leßt die Nationalalliancen Semmler und Paasche, der seinen amerikanischen Besuchfreunden die freiheitlichen Grundsätze seiner Jugend predigte, nun nicht über die Großen Molkenbühne und Bernsteinkünste herau. Auch Herold, der Herold des Volkswuchters, bequemte sich dazu, in den sauren Apfel zu beißen

und die Agrarier, für die Groß-Schwerin-Böwig sprach und Liebemann v. Sonnenberg töte, leisteten sich die Ablehnung nur im törichten Gefühl der Minnerheit. Ein Versuch des Wormser Lieberhüngs Heyl zu Herrnhüttel, eine Kriegserklärung in die Kapitulationskunde hineinzuschmuggeln, wurde von seinen eigenen Parteifreunden vereitelt. Ja erster und zweiter Lesung ward das Beisitzorum angenommen. — Es folgte die Fortsetzung der Debatte über den Zusatz. Heinze, Böerken regte sich an nach den Frauengestalten auf und schimpfte über die Münchener Volksrichter, die Ludwig Thoma vom „Simplismus“ freigesprochen haben. Dann wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt, an welchem Tage auch die dritte Lesung des Handelsprovisorium stattfinden soll.

Die Budgetkommission des Reichstages nahm mit 11 gegen 10 Stimmen den sozialdemokratischen Antrag auf Überarbeitung des französischen Marokko-Gebühbuches an.

Der Zenguidzwang in Forst in der Pausa wird fortgezogen. Das Landgericht hat die Beschwerde der inhaftierten Schre gegen das ihm gegenüber ausgestellte Verfahren verworfen und die Ungeheuerlichkeit für Recht erklärt, daß die Justiz Ehrenmänner zu einer schändigen Handlung zwingen darf!

Erbauliche Kolonial-Bilderchen. Seit Wochen quält sich die Budgetkommission des Reichstages mit den Kolonialstaats ab, ohne daß die mühselige Arbeit besondere Fortschritte aufzuweisen kann. Das seit Jahren geführte Beratungssystem rächt sich jetzt dadurch, daß die Beratungen endlos zu werden drohen. Wann die Kommission mit dem Etat überhaupt fertig werden wird, weißt die Söller wissen. In der Mittwoch-Sitzung gab es eine Debatte, die so kundbunt wie nur möglich war. Buerk suchte die Regierung nachzuweisen, daß der vom Abg. E. Berger in der vorigen Woche gegen den Geheimrat v. König erhobene Vorwurf unbegründet sei. Gobann gab Oberst Denevorg eine Ausklärung über den Fall Kannenberg, der vor vier Jahren vom Generalstab im Reichstag besprochen worden war. Hauptmann Kannenberg soll in Südwafia eine Frau und ihr Kind erschossen haben. Das ist zwar nicht wahr, aber der tatsächliche Vorgang ist im höchsten Maße standhaft. Er wurde eines Abends durch Väter in einer benachbarten Gewerkenwohnhütte gefangen. Er gebot durch einen Dener zweimal Ruhe und gab dann Schreckschüsse ab, als der Vater nicht aufhörte. Schließlich trat er an die Hütte heran und schob hinein, wobei eine auf dem Bett liegende Frau viele Schrotkörner ins Gesäß und in den Oberkörper erhielt. Angeblich soll er nur geben, daß Dach geschossen haben, von wo aus die Söller — abgeprallt seien! Die Frau stellte keinen Strafantrag und die Justiz so eilig Jutta ließen an der wahnsinnigen Schärfe des Hauptmanns keinen Anstoß zu nehmen. Mit 50 Rupien Schmerzensgeld war die Röheit gejährt. Weiter berichtete der Oberst über den Ablauf und die Verwendung der für Südwestafrika angeworbenen Miliziere. In Argentinien sind 1650 Pferde und 5859 Maultiere gekauft worden; in Deutschland 10 315 Pferde, in Afrika 9781 Pferde. Von den argentinischen Pferden gingen 660 ein, von den deutschen 7530, von den afrikanischen 7318. Die Pferde sind also enorm. — Wie das Landesteigungsverfahren betrieben wird, gab Herr E. Berger bekannt. In den Anschlagstafeln der Regierungsfürst wird einfach bekannt gemacht, welcher Streifen Land expropriert werden soll. Innerhalb vier Wochen können die Interessenten Einspruch erheben. Da die Neger nicht deutsch leben können, und auf ungeheuren Strecken zwischenwohnen, erfahren sie nichts von der Landwegnahme. Dieses famose System, den Einwohner des Landes zu rauben, wurde scharf kritisiert und die Ansiedlung von Einwohnerkommissionen gefordert, die die Neger entsprechend ausfüllären haben. Beim von Hohenlohe sagte das in und verriet sich über die zulässige Behandlung der Neger. Sie sollen teils Kolonien in der Nähe der weißen Ansiedlungen erhalten, für die sie als Arbeiter tätig sein müssen, teils sollen die Neger in besonderen Reservativen domiziliert werden, für die Missionare als Vertrauensmänner wirken sollen. Südum kämpfte das Projekt, Missionare als Einwohnertribunen zu bestimmen; verwarflich sei auch die Auslösung der Stammsorganisation. Weiter gab Generalleutnant Südlum bekannt, daß nach Informationen, die ihm von Kapstadt aus geworden sind, die Regierung dort beim Einlaß von Reit- und Jagdtieren, schwere Strafen vorsetzt worden ist. Die Allegen richten sich auch napoleonisch gegen den deutschen Konsul von Tokio und den amilianiellen Konsul Dr. Frank, die zusammen die Einkäufe befragten. Generalleutnant Südlum teilte folgende Fälle mit: 1. Ein Herr Blumenthal habe Schläger zu 290 Mark pro Stück offeriert; die Befreiung wurde an einen gewissen Schriftsteller für 350 Mark pro Stück gegeben. 2. Blumenthal offerierte Bugochsen zu 250 Mark pro Stück; die Befreiung erhielt ein gewisser Brüder zu 300 Mark pro Stück. Die Vermittlung der kriegerischen Befreiung be-

sorgte ein Konsulatsbeamter namens v. Bülow. Er ist ein — Viehhändler. 3. Ein gewisser Gerber bot dem Konsul Eisel an zu 190 Ml. pro Stück; die Lieferung erhalten würdig, Schuhe und der amtielle Tierarzt Dr. Frank zu 240 Ml. pro Stück. Bei der Abnahme von Eisel und Beauftragten ließ sich der amtliche Tierarzt 60—100 Ml. Inspektionskosten pro Stück bezahlen. Weiter soll Dr. Frank eine sehr große Zahl von Maultieren für 490 Ml. pro Stück an die Regierung geliefert haben, die er selbst für 450—460 Ml. gekauft hat. 5. Ein Händler Fleischländer bot der Regierung 500 Maultiere zu 370 Ml. pro Stück an. Dr. Frank wies die Tiere als unbrauchbar zurück, ließ sie dann durch dritte Hand billig anlaufen und gab hieraus die von ihm selbst als unbrauchbar bezeichneten Tiere an die Regierung ab zum Preis von 490 Ml. pro Stück. 6. Bei einer großen Versammlung von Sachsen u. Leipz. in Johanneckring sei die Regierung außerordentlich überreutet worden. Dr. Frank habe sich von dieser Firma pro Stück 10 Ml. Entlohnungen beziehen lassen. Es ist hierbei zu beachten, daß in Kempten über 15 000 Tiere gekauft worden sind. Eine scharfe Debatte zeitigte die Forderungen von 1233 320 Ml. für welche Hilfskräfte, das sind 426 870 Ml. mehr als im Vorjahr; darunter nicht weniger als 274 000 Ml. für Polizei vermehrung. Diese Forderung wurde mit dem Hinweis auf die 14 000 Soldaten befürchtet, die in Südwürttemberg stehen. Recht bezeichnend ist die Meldung eines Schreinrats, daß allein in Schwäbisch Gmünd durchschnittlich 80 schwere Personen sich im Gefängnis befinden! — Daar folgte eine Debatte über die sogenannte „Wünschelrute“. Der Abg. Baasche und die Konservativen traten für Verluste ein mit der „Wünschelrute“, einem Metallinstrument, Waffern zu gewinnen. Der Bürpräsident des Reichstages sowie die Abgeordneten v. Steinenhausen und v. Böhme erzählten Wunderdinge von der „Wünschelrute“. So hat ein ehemaliger Landrat v. Bülow auf einem ihm völlig unbekannten Terrain auf Verlangen sofort die Stelle gefunden, wo der Blitz zwei Pferde erschlug. Und Junker Steinenhausen hat selbst einmal mit verbundenen Augen, eine Rute in der linken Hand, unter der Führung v. Bülows Waffen gefunden. Die Herren verlangten, die Regierung solle Wünschelentmänner nach Asiens schicken. In einem Falle ist das schon geschehen durch die Absendung des Landrats v. Uslar, der jetzt auf der Wasserschule in Asiens ist.

Der deutsche Handelsstag in Berlin verhandelte auch über die Tabaksteuer. Auch hier empfahl der Ausschuss, wie bei der Biersteuer, den Regierungsentwurf. Die Volksversammlung gelangte jedoch nach eingehender Debatte zur Ablehnung dieses Antrages. Angenommen wurde vielmehr mit 165 gegen 127 Stimmen ein Antrag der Handelskammern Bremen, Dresden, Halle, Lübeck, Mainz, Offenbach und Worms, worin der Reichstag um Ablehnung der Steuer gebeten wird. Für die Tabaksteuer stimmten wie für die Biersteuer Süddeutschland, Rheinland-Westfalen und Mitteldeutschland. Gegen die Steuer gaben Berlin sowie der Osten und Norden (außer Hamburg, Rostock und Bremen) ihr Votum ab. — Die Zigarettensteuer wurde dann abgelehnt.

Nuskland.

Der ungünstige Rat. Das Riga wird gemeldet: Bier zum Tode verurteilte Revolutionäre hatten ein Grabengesuch an den Kaiser gerichtet. Dieses wurde abschlägig beschieden. Der Generalgouverneur hat das Urteil bestätigt, aber dahin abgeändert, daß die Todesstrafe durch Erhängen statt durch Erhängen vollstreckt werden sollte. Dies ist geschehen.

Meuternde Kosaken. In der Stanisza Garnison im Kubangebiet meuterten 600 Kosaken vom Regiment Ucr. Gegen die Meuterer, die sich verschworen haben, sind Truppen mit fünf Maschinengewehren erschossen worden. Der Chef des Kubangebietes begleitet die Truppen. Es ist bereits zu einem Zusammensetzen gekommen, doch liegen bis jetzt noch keine Einzelheiten vor.

Das Warten der Reaktion. General Orlov ist wieder nach dem wendischen Kreise zurückgekehrt zur Unterdrückung des erneut dort ausgebrochenen Aufstandes. Das Feldgericht verurteilte zwölf Revolutionäre zum Tode, und dreißig, darunter Frauen, zu Nagelschlägen. Psui! — Eine Mistärturabteilung verhaftete in Riga drei bewaffnete Unabhängigkeits, welche nach dem Urteil des Feldgerichts hingerichtet wurden. Man hatte sie als Bannenführer erkannt. — In der Nähe von Haferpot (Ostseegebieten) sind am 16. Februar zwanzig dreißig Personen erschossen worden. Am nächsten Tage wurde ein Schul Lehrer gehängt und zwei Personen erschossen. In der Umgegend von Grodno wurden fünfzig acht Personen erschossen.

Bereitstelltes Komplott. In Ostjakow wurde ein Komplott zur Befreiung des Leutnants Schmidt entdeckt. Über die Festung wurde der Kriegszustand proklamiert. In der Stadt sind zahlreiche revolutionäre Verbände eingetroffen.

Vorwärts. Unter diesem Titel erscheint seit kurzem in Bobruj ein neues Blatt für unsere Partei. Man sieht es erneut, wie oft es erscheint, daß alles geht aus dem Titelblatt nicht herau. Man will es offenbar zwanglos noch bedarf als eine immer wiederkehrende Flugschrift erscheinen lassen. Interessante Aufschlüsse über die Art der Agitation in Russland gibt der Notzettel, dem wir bezüglich in unserer Blätter Raum geben möchten. Wir lesen da: Am 16. Januar sollte in der Fabrik von J. A. Pozanowski eine Diskussion mit P. P. S. über Gewerkschaften stattfinden. Es versammelten sich circa 1000 Arbeiter und da Diskussion infolge des Richterscheins des Vorstechers des P. P. S. nicht stattfinden konnte, sprach unser Genosse von der gegenwärtigen Lage und den Zielen des Proletariats. Am 17. Januar versammelten sich in der Fabrik von Mitte, Dugla 118 circa 150 Arbeiter, welchen unser Genosse das Programm S. D. erläuterte und das Programm N. D. einer scharfen Kritik unterwarf. Am 18. Januar sprach unser Genosse in der Fabrik von Rosenblum u. Hellmann, in Gegenwart von 100 Arbeitern, von der jetzigen Revolution und der Klassenbewegung des Proletariats. Am selben Tage war eine Versammlung in der Fabrik von Martens u. Biegel, Dugla 57. Unser Genosse unterzog einer Kritik die gegenwärtige Staatsform und erläuterte die Bedeutung des

sozialistischen Staates. Versammelt waren circa 100 Arbeiter. Am 20. Januar versammelten sich in der Fabrik von Kellner circa 300 Arbeiter. Unser Genosse sprach vom Kampfjahr, vom 22. Januar und der Entwicklungskraft der Revolution. Am 24. Januar in der Fabrik von A. Danube wurde unser deutscher Genosse von den dort Versammelten mit Opern begleitet. Es hielt eine längere Ansprache und entfernte sich darauf durch den zweiten Ausgang nach der Wolczanofstraße. Der Fabrikant, der von der Versammlung Wind bekam, ließ die Polizei zu sich in das Büro holen mit der edlen Absicht, unsren Genossen beim Verlassen des Saales verhaften zu lassen. Als ihm das Warten schließlich zu langweilig wurde, fuhr er in den Fabrikraum, wo er alle Arbeiter bei ihrer Arbeit ruhig arbeitend antroff. Wütend über das Mithören seines Vorgesetzten fing er zu schimpfen an und drohte zwölf Arbeitern, welche seiner Absicht nach, den Redner holen ließen, sie sofort zu entlassen, da er nicht gesoren sei, seine Freude von solchen Rednern aufzugehen zu lassen. Wie unten Herr Daube, seine Vorrechtsbereitschaft ein wenig zu bemessen. Es wird sich schließlich doch davon gewöhnen müssen, daß seine Arbeiter, trotz seines Vorgesetzten, sich auch freier das Klassenbewußtsein aneignen werden. Am 30. Januar erklärte unser Genosse in der Fabrik von Raths u. Hugo den dort Versammelten 50 Arbeitern die Klassentreibigkeit sich unter der Fahne des S. D. zu organisieren. — Am selben Tage versammelten sich in der Fabrik von Wissel die circa 150 Personen, welche unser Genosse den Standpunkt unserer Partei den anderen Parteien gegenüber erläuterte und den Klassenkampf erläuterte. Am selben Tage fand in der Bäckerei v. Kopczynski eine Versammlung statt. Es wurde von der nächsten Aufgabe der Arbeiterklasse sowie von der „Duma“ gesprochen. Wer der wahre deutsche Genosse ist, der so unter Einschaltung seines Lebens die Erneuerung des Sozialismus hochhält und der russischen und polnischen Arbeiterschaft die Ehre des Marxismus predigt, geht aus seiner Stelle des Blautes hervor. Vielleicht wird sie ein Bild, ein Heldensbuch den Namen dieses Helden nennen. Vergessen wird seine Tätigkeit bedenken im Buche der Geschichte nicht werden, und daß sie schon Früchte trug, zeigt das Verhalten der Arbeiter, die ihren Lehrer und Führer den Händen des Häschers und damit dem sicheren Tode entrissen!

Oesterreich-Ungarn.

Die österreichische Wahlreformvorlage wird bei Beginn der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eingebrochen werden. Die Gesamtzahl der Mandate der Vorlage beträgt 455, darunter 205 deutsche Bezirke; die Croaten erhalten 70 Mandate in Böhmen, 27 in Mähren und 2 in Schlesien, also zusammen 99. Im einzelnen wird über die Vorlage berichtet: Zu den Bedingungen für die Ausübung des Wahlrechts gehört eine einjährige Geschäftstätigkeit; die Alphabeten behalten das Wahlrecht. Man rechnet im neuen Hause auf 40 bis 50 Gotha. Es werden mit dem katholischen Zentrum über 90 Mandate bekommen. Die geplante Reform des Herrenhauses wird fallen gelassen; jedoch werden die Abgeordneten des Herrenhauses das Recht haben, sich ins Abgeordnetenhaus wählen zu lassen; während sie Abgeordnete sind, ist ihr Herrenhausbefehl gestellt. Es werden strenge Bedingungen zum Schutz der Wahlfreiheit getroffen. Eine Reform der Geschäftsvorordnung ist ebenfalls geplant. Nach diesen kurzen Mitteilungen scheint das neue Wahlrecht trotz mancher Mängel immerhin einen erheblichen Fortschritt darzustellen. Die österreichischen Bölektarier haben also ihren Wahlrechtskampf erfolgreich geführt. — Während man in „willigen“ Österreich das Wahlrecht verbessert, verschlechtert man es in „gesetzten“ Staaten, z. B. Lübeck und Hamburg. Auch ein Zeichen der Zeit!

Schweiz.

Aus einer freien Republik. Wegen der zunehmenden antimilitaristischen Propaganda hat der Bundesrat verkündet, daß Ausländer, welche sich an dieser Propaganda dadurch beteiligen, daß sie zur Verweigerung der Wehrpflicht oder des militärischen Gehorsams auffordern, aus dem Gebiet der Eidgenossenschaft auszuweisen sind. — Die freie Schweiz sieht Rusland in nichts mehr nach!

Holland.

Eine bewegte Sitzung hatte gestern die zweite Kammer: Kollman (Kathol.) brachte eine Interpellation ein wegen des fünfmonatigen Urlaubs, den der Arbeitminister Kraus genommen und im Dienst der kolonialen Regierung verbracht hatte. Der Präsident des Ministerrats v. Meeser erwiderte, Kraus habe bereits die kontraktliche Verpflichtung gegen Chile, während das Abblatt gebildet wurde, gehobt. Das Interesse des Landes sei nicht berachtigt. Kollman brachte darauf einen Antrag ein, der besagt, daß der Urlaub durch ein nationales Interesse gerechtfertigt gewesen sei. Der Minister erklärte jedoch den Antrag für unannehbar. Kollman zog ihn hierauf zurück und erklärte, daß die gesamte Kammer in moralischer Hinsicht den Urlaub verdamme. Gegen diese Erklärung protestierte der Ministerpräsident und sagte, das Kabinett würde es vorziehen abzudanken. Alsdann wird ein von Lieftink beauftragtes Vertrauensvotum für die Regierung gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

England.

Die englische Arbeiterpartei hat sich konstituiert in einer Konferenz, die zum 17. Februar vom Labour Representation Committee eingerufen worden und die von etwa 350 Delegierten besucht war. zunächst wurde einstimmig und ohne Debatte beschlossen, den Namen Arbeiterpartei anzunehmen, und deren Unabhängigkeit wurde stark betont. Der Vorsitzende erklärte: „Wir können uns gratulieren, daß eine wirkliche, lebende, unabhängige Arbeiterpartei mit eigenem Vorstand nun eine vollendete Tatsache in der englischen Politik ist. Unsere Haltung der neuen Regierung gegenüber wird genau dieselbe sein, wie die zur alten. Wie werden sie unterstehen, wenn es möglich ist, aber wir werden auch opponieren, wenn es notwendig ist.“ Überhaupt waren alle Hinweise des Vorsitzenden auf die neue liberale Regierung auffallend lächelnd, und die Tatsache, daß derselbe John Burns, der bei der Gründung des Labour Representation Committee persönlich zugegen war, jetzt Mitglied des Kabinetts

ist, wurde mit keinem Wort erwähnt. Auf Antrag des Gewerkschaftsrats von Belfast wurde beschlossen, daß die Arbeiterpartei auch von irischen Nationalisten und den Konservativen unabhängig sein soll. Ein direkt sozialistisches Programma beschloß die Konferenz nicht, doch drückte sehr Hardie in seiner Begrüßungsrede die Gewissheit aus, daß bei der nächsten allgemeinen Wahl der gleiche Trend unterstreichen und der Sozialismus, darunter auch der „Sozialdemokratische Verband“ (Social Democratic Federation), unter einem Danner, dem Vater der politischen Unabhängigkeit vereinigt sein werde. Die Abstimmung eines Programms wurde abgelehnt; aber mit 435 000 gegen 432 000 verzerrte Stimmen verstärkte sich die Konferenz für allgemeine Sitten und feste Männer und Frauen. — Auf einer Festlichkeit, die sich an die Konferenz anschloß, verglich Keir Hardie die Arbeiterbewegung mit einem schlafenden Riesen, der jetzt erwache. Er sagte ferner, mit dem System der beiden Parteien im Unterhaus gebe es jetzt zu Ende, es gebe schon mehrere, klar abgegrenzte Parteien, und die Arbeiterpartei wolle nicht der Fügel über den Schrot irgend einer anderen sei. Die Tagesreformen erreichten sich sehr, wenn sie glaubten, sie könnten mit dem Arbeiterpartei zu einer Vereinigung kommen. Chamberlain grüßte positiv Leben jetzt blüher eine große Blüte gewesen, und auf sein Wort könne man sich nie verlassen. Der Abgeordnete Shaderton, ein Führer der Ex-Nationalisten, einer ähnlich konservativen Gewerkschaft ergriff als Stellvertreter des Leiter der Arbeiterpartei nach Keir Hardie das Wort. Er sagte, er sprach als „praktischer Mann“ und als Gewerkschaffter, und äußerte sich über das Zusammengehen der Gewerkschaften mit den Sozialisten in der Arbeiterpartei. Shaderton erklärte, in seinen Ansichten über einige Dinge nicht so weit zu gehen, wie sein Führer Keir Hardie, aber er wisse, daß die Sozialisten in allen Dingen, die er wolle, mit ihm mitsitzen. Die liberalen Arbeiterversetzer würden schon im Laufe der ersten Parlamentssession die Unabhängigkeit ihrer Stellung einsehen und genügt sehr, die Arbeiterpartei zu unterstützen. Außer der Arbeiterpartei besteht nämlich im Parlament noch eine Gruppe von etwa zwanzig liberalen „Arbeiterversettern“, die sich Gewerkschaftsgruppe nennen und tatsächlich auf die Gewerkschaften großen Einfluß ausübt, dort natürlich auch Unterstützung findet, wie z. B. bei den Bergarbeitern und bei den Eisenbahnen. Diese Gruppe steht im Rahmen der liberalen Faktion und hat deren Politik mitzumachen.

Einen kolonialen Krieg haben die Engländer in Nord-Nigeria zu führen. Zwei Kompanien Truppen mit 300 Trägern gehen nach Nord-Nigeria, um bei der Unterdrückung des in Sokoto aufgebrachten Aufstands zu helfen, wo eine Kompanie Truppen und fünf Offiziere von Janitern niedergemacht wurden. Das Kolonialamt hat von einem hohen Beamten Nigeria ein Telegramm erhalten, das das Gerücht übermittelt es seien in der Nähe von Sokoto drei englische Offiziere getötet und ein Arzt verwundet worden. Aus anderen Quellen verlautet, daß die gewöhnliche Infanterie des nigerischen Regiments und eine Kompanie Infanterie des nigerischen Regiments und eine Kompanie Infanterie mit einem Regimentsgeschütz umfasse. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die Bewegung einen relligen Charakter habe. Die Unruhen sollen nach Nachrichten des Renterschen Bureaus vom Aufstehen eines neuen Maahdi unter dem mächtigen Stamm der Tuaregs, der seinerzeit den Franzosen so viel Mühe gemacht hat, herrschen. Obgleich noch keine weiteren Einzelheiten dem Oberkommissar vorliegen, so geben doch aus anderen Quellen eingegangene Depeschen zu der Vermutung Veranlassung, daß nicht nur englische, sondern auch französische Truppen in die Niederlage verwickelt worden sind. Das Gesetz hat am 14. Februar stattgefunden, der Oct ist unbekannt, doch ist wahrscheinlich, daß es nicht an der französischen Grenze, nordöstlich Sokoto stattgefunden hat. Man hofft die Erwartung, daß Frankreich beim Vorgehen gegen den neuen Maahdi seine Unterstützung gewähren wird. Innerhalb drei Wochen werden 1000 Mann englischer Truppen in Kano versammelt sein.

Für unsere Frauen.

Kinder-Kultur.

I.
Unzweckhaft ist die Erziehungfrage eine der wichtigsten Probleme. Wohl sind bedeutende Fortschritte in der Entwicklung der Menschheit im Verhältnis zu der Kultursphäre, auf der die Völker früherer Jahrhunderte standen, vor sich gegangen. Und doch hat die Menschheit noch keineswegs den Gipfel der Kultur erreicht. Wenn auch viele Rassendivisionen im Menschen selbst geboren wird, muß doch der Mensch all das Gute und Gute, der im Kind schlummert, entwickele und pflegen werden, wenn er voll zur Entwicklung kommt.

Soll die Menschheit an Schönheit und Kraft, an Kultur wachsen, so müssen die Kinder von einer Generation zur anderen besser und vollkommen werden. Die Kinder erben die Eigenschaften der Kinder. Durch individuelle Erziehung lassen sie sich jedoch bis zu einem bestimmten Grade vereinfachen. Als günstigster Gipfelpunkt für Erziehung muß die Kindheit angesehen werden. — Wie der Gärtner jede Blütenzart ihrer Eigenart entsprechend behandelt, damit sie sich zur vollen Schönheit entfalten kann und Blüten und Früchte bringt, so sollen auch die jungen Menschenkindern individuell behobelt werden, denn in jedem Kind schlummern verschiedene Neigungen und geistige Fähigkeiten, so daß jede allgemeine Erziehung nach Schema vollständig ihr Ziel verfehlt. Eine ganze Summe verschiedener Gewohnheiten und Gewohnheiten der Erziehungspolitik haben sich von Generation zu Generation übertragen und werden auch heute noch als maßgebend betrachtet. Törichte und leichtsinnige Handlungen junger Menschen kommen nicht immer auf Rechnung der Jugend und Unerschrockenheit, sondern nicht selten ist die Art der Erziehung dafür verantwortlich.

Es ist ganz falsch, wenn die Eltern den Erfolg ihrer Kindererziehung etwa nur nach dem Gehorram ihrer Kinder beurteilen und ein aufs Wort folgender Kind als Ideal aller Kinder betrachten, dogegen ein minder gesittetes Kind, das sich aufstellt und auch einmal sagt: „Ich will nicht!“ als böse und störrig bezeichnet. Ein an Slaven-

Gehorsam g wöhntes Kind trifft es horch um in toller, wenn es sich fühl wird von seinem Eltern oder seinem Gezieher unwohlheit weiss. Gott verhindert Gott verhindert soll man das Kind eine gewisse Rücksicht auf andere Leute und darauf achten, dass sie auch von dem Kinde g führt wird. Die Handlungen wird das Vorhinde der Gewaltigen aus nicht von großer Bedeutung für die Freude und ihre Erziehung. Rücksicht ist aber nicht gleichzeitig mit bloßem Gehorchen. — Durch allzunahm Gehorchen wird die eigene Weisheit nicht entdeckt, sondern geschwächt, und gerade die Weisheit will nach mehr dazu berufen werden, eigene Unfehlbarkeit und Willenskraft zur Gewohnheit zu machen. Das Kind, das diese Weisheit hat, wird seine erworbene Weisheit aufzuholen, soll man nicht förmlich, sondern förmlich; so doch die Freyheit, "worum ist nichts so und jenes so", die vor überzeugendem Eltern so oft als wichtig, ihre Stütze verloren, ja sie als lästig schafft und zu verhindern, die ersten Denksachen des Kindes.

Mit 15 Jahren kann ein Junge und Mädchen freizeit am logischen Studium und Geschäft g wöhnt sein, dass sie die Grundlagen eines beruflichen Lebens verstehen und die individuellen Fähigkeiten, sich bei gesuchten Meisterkünsten zu erwerben, erkennen.

Glauben und blinden Gehorchen haben die politischen und geistlichen Machthaber aller Zeiten stets von den breiten Volkesmassen verlangt, durch Drohungen und brutale Gewalt erzielt und dadurch ihrer Macht bestätigt.

Der Militarismus will ja das beste Waffen zu werden im Drill jedem blinden Gehorchen führt und mehr noch neben und die grauenhaften Soldatenmisshandlung Beratung, Gehorchen und Dressur solcher Art zu allen Tunseln zu wünschen.

Wie es sich im Leben zeigt, dass allzu williges Gehorchen meist zum Schaden der Menschen ausfällt, zeigt es sich auch in der geistigen Entwicklung des Kindes. Durch strengen Gehorchen wird das Kind wohl lebensam, aber es wird auch unterdrückt und unterdrückt. Und Unterdrückt und Unterdrückt lassen kein freies Geschlecht erwachsen.

Eltern und Gezieher, gebt dem Kinde verantwortige Bewegungsfreiheit in seinem Denken und in seinem Handeln, damit uns eine Generation stark an Körper und Geist folgt.

Gedenk und Nachbargebiete.

Freitag, den 23. Februar 1906.

Zugang nach den Möbelfabriken von Hinckel u. Stech, Demuth u. Co., Gebr. Wasserstradt und Ad. Hess ist seitens der Möbeltischler, Drechsler, Maschinen- und Hafelsarbeiter streng fernzuhalten.

Zugang von Werkarbeitern nach Rostock ist fernzuhalten, da 1600 Arbeiter der Reptinwerft aufgesperrt sind!

Die Sperrre über die Krögerschen Bauten ist aufgehoben. In der am 21. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung der Maurer wurde beschlossen, die Sperrre über die Krögerschen Bauten aufzuheben, und zwar aus folgenden Gründen: der Bauherr hat, um allen Streit aus der Welt zu schaffen, dem Unternehmer Kröger mit seinem arbeitswilligen Polier W. Ollmann den Bauplatz verboten; während sonst die Arbeiter entlassen werden, ist hier nun einmal die Sache umgekehrt gekommen. Jedenfalls hat Herr Kröger einen solchen Ausgang nicht vermutet, als er seinerzeit die entlassenen Maurer mit dem Arztbrief bedrohte. Hoffentlich nimmt Herr Kröger sich die Sache etwas zu Herzen und behan delt diejenigen Leute, durch welche auch er sein Leben gefrisst, in Zukunft anständiger.

Der hiesige nationale Jugendverein hat nach dem Amtsschluß seinen ersten "vollen Erfolg" zu verzeichnen. Und worin bestand derselbe? Eine staatliche Anzahl junger Männer hat sich die Rede eines Kölner Herrn Zimmerman angehört und zweimal Hochs ausgebracht. Die Ausführungen des Kölner Jünglings waren durchsetzt mit Klagen über den in bürgerlichen Kreisen verschwundenen Idealismus und den an dessen Stelle gesetzten Materialismus. Dann erhielt der "widerliche Antisemitismus" sein Teil und selbstverständlich kam auch die Sozialdemokratie nicht zu kurz. Über dieselbe wurde u. a. gesagt: "Wie sind jene drei Millionen sozialdemokratischen Stimmen zu erklären? Sie bedeuten doch, dass es drei Millionen deutscher Männer gibt, denen die Scham rückt nicht im Gleichfluss, wenn sie des Staatsbürgers edelster Besitz sein Vaterland begeisern." Warum ist das blanke Unsinn, denn es fällt keinem Sozialdemokraten ein, sein Vaterland zu begeisern, wenn er auch dessen Einrichtungen kritisiert, aber dem nationalliberalen Jüngling hat es doch unbändig gefallen. Weiter wurde ausgeführt: Die Wirtschaftsverfassung ist eine Sache der wissenschaftlichen Ansicht, aber scheiden muss jeden Nationalgesinnten von der Sozialdemokratie deren volksvergessende Heberei. Denn es ist nicht wahr, dass der Arbeiter gewissenloser, wehrloser Ausbeutung preisgegeben ist; es ist nicht wahr, dass er in unserer Gesellschaftsordnung entrichtet ist. Entweder ist Herr Zimmerman noch sehr unerfahren, wenn er so etwas zu sagen wagt, oder aber er nimmt es mit der Wahrheit nicht genau. Gerade in unserem Nachbarlande Mecklenburg, doch auch anderswo, sind namentlich die ländlichen Arbeiter gewissenloser Ausbeutung preisgegeben. Und von der Entrichtung in unserer Gesellschaftsordnung hat doch die Lübecker Arbeiterchaft vor nicht langer Zeit ihr voll gerichtet Maß auf sich bekommen. Wir denken, diese kleinen Proben werden genügen, um zu zeigen, in welcher Weise Herr Zimmerman Mitglieder für den "nationalliberalen Jugendverein" wirbt. Natürlich nehmen die "nationalliberalen Jünglinge", denen vom politischen Leben nur das bekannt ist, was ihnen den Augenblick gerade vorausgeschwindet wird, alles für bare Münze, und so ist zu hoffen, dass der "nationalliberalen Jugendverein" noch manchen "vollen Erfolg" erzielt, zumal augenblicklich weiter keine Konkurrenz besteht. Wenn jedoch erst das "Hansatheater" eröffnet sein wird, so dürfte der Redner des "nationalliberalen Jugendbundes" durch den dortigen Komiker um manche schäzende Werte Pointe kommen.

Berufung eingelegt hat Gloy gegen das durchbare Kriegsgerichtsurteil, welches ihn wegen seines zweifellos in nichtzurechnungsfähigem Zustande begangenen Angriffs auf den Leutnant Geerlein zu 7½ Jahren Gefängnis verurteilt hat. Wir drücken nochmals die Hoffnung aus, dass das Oberstiegsgericht den schier unsaferbaren Spruch durch einen menschlicheren ersetzt.

Die öffnen Verkaufsstellen dürfen am 7. April, 1. April, 2. Juni, 14. Juli, 13. 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. und 31. Dezember bis 10 Uhr abends für den geschäftlichen Betrieb geöffnet sein. Für die Tage sind zugleich die Bestimmungen des § 139c, nach welchen in öffnen Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Schreibstuben (Kontoren) und Lagerräumen eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 10 beziehungsweise 11 Stunden, sowie Mittagspausen von mindestens Dauer zu gewähren sind, keine Anwendung. Während der Zeit, während welcher die Verkaufsstellen geschlossen sein müssen, ist das Zeihalten von Waren auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten oder ohne vorherige Bestellung von Haus zu Haus im stegenden Gewerbebetriebe sowie im Gewerbebetrieb im Umherziehen verboten.

Gehört die Söhne der Haustau zum Gefinde? Nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts unterliegen weibliche Personen, welche als "Söhne der Haustau" angestellt sind, den Bestimmungen der Wissensordnungen nicht.

Bewilligungsbewegung im Monat Januar 1906. Die nachstehenden Angaben beziehen sich auf den ganzen Lübeckischen Staat unter Zugrundelegung der Meldungen der 12 Standesämter (Stadt Lübeck und 11 ländliche Standesämter). Die Zahl der Eheschließungen betrug 48 gegen 59 im Vorjahr (60 im Jan. 1905). Geburtenzahlen erfolgten 237 gegen 241 im Vorjahr (235 im Jan. 1905). Nachstehend geboren wurden 29, totgeboren 8 Kinder. Die Zahl der Sterbefälle belief sich auf 139 gegen 120 im Vorjahr (121 im Jan. 1905). Mehr geboren als gestorben sind 123, gegen 121 im Vorjahr (82 im Jan. 1905).

Im Stadthallentheater gastierte gestern abend Herr Stöting als Escamillo in "Carmina", und zwar auf Engagement. Der junge Stöting, der anscheinend noch am Anfang seiner Laufbahn steht, versucht über eine nicht ungewöhnliche Stimme, die aber für die Partie des Stierschasters nicht ausreicht. In der Darstellung vermisst man ebenfalls sehr viel. Wenn Herr Stöting für das Fach des lyrischen Baritons bestimmt ist, so wäre es zweckmäßig gewesen, ihn als Jäger im "Nachslager" oder als Werner im "Trompeter von Säklingen" aufzutreten zu lassen. Die "Carmina" wurde erstaunlich von Frau Vorth gegeben, und zwar gelanglich bestredigend, in der Darstellung jedoch ohne Klasse und Feuer.

Genossenschaftsregister. Am 21. Februar 1906 ist eingetragen worden: 1. bei der Lübecker Eis-Ge nossehaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftsplicht, in Lübeck: Die §§ 4, 7 und 31 des Statuts sind abgeändert. Nach dem abgeänderten § 31 werden die Bekanntmachungen der Genossenschaft nur in den "Lübeckischen Anzeigen" veröffentlicht; 2. bei der Vereinsmeierei Russel, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftsplicht, in Russel: Der Salzhofner J. G. F. Dabelstein in Russel ist aus dem Vorstande ausgeschieden und an seine Stelle der Salzhofner C. Stuse in Russel in den Vorstand gewählt.

Stadthallen-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man: Fr. Viola Papst, Mitglied des Hoftheaters in Schwerin, vordem am hiesigen Stadttheater, wird heute, Sonnabend, als Kathi in dem beliebten stets augeläufigen Lustspiel "Alt-Heidelberg" gastieren.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Ermittelt und festgenommen wurden 3 arbeits- und wohnungslose Arbeiter, die sich des Diebstahls von Tauwerk am hiesigen Hafen schuldig machten. Das gestohlene Tauwerk verkaufen sie an einen an der Untertrave wohnenden Produktenhändler. — Ermittelt wurde ein Brotbeuteldieb in der Person eines hiesigen Schneiders.

Eutin. Die diesjährige Musterung im Fürstentum Lübeck findet wie folgt statt: 1) in Schwartau in Jürgens Gasthof a. am Montag, 19. März d. J., morgens 9 Uhr, für die Gemeinden Schwartau, Gleschendorf, Ost-Schwartau und West-Schwartau, am Dienstag, 20. März d. J., morgens 9 Uhr, für die Gemeinden Obernwohld, Curau, Stockelsdorf und Nienfeld; 2) in Ahrensburg in Weidemanns Gasthof, am Mittwoch, 21. März d. J., morgens 9 Uhr, für die Gemeinden Stedten, Ahrensburg, Landgemeinde Ahrensburg, Süsel, Siblin und Gnissau; 3) in Eutin in Höopers Gasthof zum Landhaus, Königstraße 1, a. am Donnerstag, 22. März d. J., morgens 8½ Uhr, für die Stadt Eutin und die Landgemeinde Eutin, b. am Freitag, 23. März d. J., morgens 8½ Uhr, für die Gemeinden Malente, Neukirchen, Bosau und Stedingsdorf. Die Lösung geschieht Sonnabend den 24. März d. J. morgens 9 Uhr im Höopers Gasthof in Eutin.

Schönberg. Der Landtag nahm folgende Anträge an: 1. In den Eingangsworten der Verfassungsurkunde werden die Worte "Unter Vorbehalt derjenigen Aenderungen, welche in der Folge etwa einen näheren Anschluss des Fürstentums an die Verfassung der übrigen mecklenburgischen Länder erforderlich machen können" gestrichen. Der Antrag wird mit 17 gegen 3 Stimmen angenommen. 2. Die großherzogl. Regierung aufzufordern, beschleunigt der zu einer außerordentlichen Tagung zusammen zu beruhenden Landtagversammlung einen Beschlussentwurf zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, inhaltend: a) die Gesetzgebung, sofern sie ausschließlich für das Fürstentum gelten soll, der Genehmigung der Landesvertretung unterliegen. Wird mit 18 gegen 2 Stimmen angenommen. b) Der Vertretung das Recht eingeräumt wird, Petitionen aus der Mitte der Bevölkerung entgegenzunehmen und sie zum Gegenstand der Förderung und Beschlussfassung machen zu können. Wird einstimmig angenommen. c) Eine Reform des aktiven und passiven Wahlrechts für den Landtag anzubringen. Angenommen mit 19 gegen 1 Stimme. c) Der Grundzak anerkannt wird, dass die sämtlichen Domäneinkünfte des Fürstentums zur Deckung der gesamten Landesverwaltung als auch zur Deckung des fürstlichen Haushalts zu dienen haben und dass bei Unvermögen der Domäneinkünfte eine weitere Besteuerung eingeleitet würde, dass demzufolge die Zustimmung der Landesvertretung bei der Feststellung des Landeshaupts erforderlich ist und die Besteuerung des Finanzweises dauernd zu verwalten hat, dass weiter eine Sonderung des Landesvermögens vom fürstlichen Haushalt im Wege einer Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag abzulehnen ist, doch ferner die Regierung dem Landtag Vorschläge zu unterbreiten hat, dass die zur Herstellung dieser Vereinbarung von Seiten des Domänenamts zu den Kosten der Verwaltung des Fürstentums, zu den an das deutsche Reich zu liefernden Matrikulareinlagen einzustellen ist. 3) Die Regierung schließlich zu erläutern dem jetzigen Landtag eine genaue Übersicht über die Finanzen des Fürstentums zu geben. Angenommen mit 11 gegen 9 Stimmen.

Hamburg. Aus der Hamburger Bürgerschaft. In der Sitzung des Hamburger Parlaments vom 20. Februar gelangte der Antrag des Senats auf Entschädigung der durch die Ereignisse am Abend des 17. Januar in Mitleidenschaft gezogenen Grundeigentümer und Ladeninhaber aus Staatsmitteln zur Verhandlung.

Der Senat beantragte die Bereitstellung einer Summe von 50000 M. und die Einführung einer aus Senats- und Bürgerschaftsmitgliedern bestehenden Kommission, der die Beurteilung der Entschädigung je nach Lage des einzelnen Falles überlassen werden soll. In der Begründung des Antrages durch den Senat wird u. a. ausgeführt: Ein Teil der Geschädigten hat an den Senat einen Antrag auf Schadenshöchstzahlung gerichtet und in diesem Gesuch u. a. die Behauptung aufgestellt, die Polizei habe schuldhafte Weise den Schoppenstehl während der kritischen Zeit ohne jeden Schutz gelassen. Aus dem vorliegenden am 11. Februar Bericht, welcher auf der Sitzung der Bürgerschaft niedergelegt wird, ergibt sich, dass die Behauptung jeder Berechtigung entbehrt. Da überhaupt die Tatsache, dass bei einer Zusammenfassung, einem Aufstand oder Austritt Eigentumsrechte zugeschlagen nicht genügt, um dem Staat gegenüber einen Anspruch auf Schadenshöchstzahlung zu begründen, so muss ein Rechtsanspruch der Geschädigten als unbegründet zurückgewiesen werden. Der Senat führt Bilanz bezüglich der zugunsten der Schadenshöchstzahlung der Geschädigten an. Die "amtlichen Berichte" sind Mitteilungen der Polizeibeamten, deren Aufrichtigkeit zur fraglichen Zeit von Augenzeugen entschieden bestritten wird. Wie mögen die "amtlichen Berichte" wohl aufzustande gekommen sein? Wie beim Schreiber dieser Zeilen von mir Erzgebietwohnen wohnen Leute mitgeteilt worden ist, sind täglich daran Beunruhigungen in der Gegend am Schoppenstehl vorstellig geworden und haben "Umfrage" gehalten. Dies scheinen die amtlichen Berichte zu sein, auf die der Senat sich stützt.

Hamburg. Vergewaltigung gescheitert. Unter den Eingängen zu Beginn der gestrigen Bürgerschaftssitzung befand sich ein Antrag Dr. Wiedeberg und Ge nossen (Rechte): Die Verfassung dagegen abzuändern, dass eine Abstimmung nur stattfindet, wenn vierzig Mitglieder dieses verlassen. Bis her genügten zehn, und ist dadurch den Sozialdemokraten die Möglichkeit genommen, Anträge auf geheime Abstimmung zu stellen. Der Antrag kommt in der nächsten Sitzung zur Verhandlung. Das Staatsbudget schließt voraussichtlich mit neun Millionen Mark Überschuss ab. Mit den Überschüssen früherer Jahre stehen 17½ Millionen Mark zur Verfügung. Der Senat beantragt 10 Millionen Mark zur Sanierung der Neustadt zu verwenden. Der Antrag auf Entschädigung im Erzgebiet wird angenommen. Weitere Ansprüche werden einem Ausschuss überwiesen.

Billwärder. Zu Tode verbrüht. In einem Betrieb in Billwärder a. d. Bille 58 hat sich ein schreckliches Unglück abgespielt. Heiße Dämpfe strömten aus der Dampfkessel und verbrühten den Arbeiter Savall am ganzen Körper. Die Verbrennungen waren so schwerer Natur, dass Savall schon nach wenigen Augenblicken verstarb.

Cuxhaven. Zu der entsetzlichen Bluttat in Ihlienworth nahe Cuxhaven wird noch geschrieben: Die schwer verwundete Frau des Schmidt ist bereits ihren Wunden erlegen. Der Mörder gab im ganzen 12 Schüsse ab, teils aus einem Motorrad, teils aus einem Revolver. Noch immer ist man seiner nicht habhaft. Er ist auf einem Fahrrad entflohen.

Wilhelmsburg. Der Streik in der Wollwärmerei ist noch nicht beendet. Zugang ist streng fernzuhalten.

Wiemerhaven. Schweres Sittenverbrechen. Der alte Offizier eines hier liegenden englischen Dampfers verging sich Dienstagabend schwer an dem vierjährigen Tochter eines hiesigen Gastriverts, welches er in den Keller des elterlichen Hauses schleppte. Das Kind ist auch durch Messerschnitte von dem Unhold schwer verletzt worden. Der Mensch wurde von den nach dem Kind suchenden Eltern überrascht und festgenommen.

Literarisches.

Kommunale Schulpolitik. Der zurzeit weltweit größte Teil des Volkes beschäftigende Schulunterhalts-Gesetzestext ist allenthalben auf lebhafte Protest seitens aller denkbaren Arbeitern gestoßen. Bei Unterstützung über die Volksschulzunge und zur Glättung der Schul-Befassungswirkung bietet reichhaltiges Material die fürstlich erschienenen Broschüre von Dr. Vogel über "Kommunale Schulpolitik", die als 3. Fortsetzung der "Sozialdemokratischen Gesetzesdeposition" eine Sammlung kommunalpolitischer Abhandlungen, herausgegeben ist. Wie empfehlen die Broschüre jedem Familienvater, jedem Lehrer, jedem Kommunalbeamten und Stadtvorordneten u. a. auf das Herzengesetz. Die Arbeit enthält aber auch in gleich reicher Weise das Material für die Volksschule und ihre Behandlung in den sämtlichen Bundesstaaten. Sie ist also gleich interessant für alle deutschen Arbeiter. Der Preis der Broschüre ist 1.—M.; eine Aktionsordnung kostet 50 Pf. zu haben. Bei bezahlten in das Gesetz durch sämtliche Buchhandlungen und Postscripturen, sowie direkt vom Verl.-a. Buchhandlung "Vorwärts", Berlin SW. 68 Lindenstr. 69

Arbeiter! Eure Pflicht ist's,

bei jeder Gelegenheit aller-

Orts-Gemeiner Zeitung

Meine Lese er zu führen;

Nur dann ist die Presse

In der Lage, ihr Ziel zu er-

reichen: mit Erfolg einzutreten.

C. Rahlf und Frau.

Deutscher Metallarbeiterverband

(Verwaltungsstelle Lübeck)

Am Dienstag den 20. d. M. storb unser Mit-

glied, der Klempner

H. Ballerstein.

Thre feinem Kunden.

Die Ortsverwaltung.

Kollegen, welche sich an der Begegnungsfeier beteiligen wollen, bitten wir, am Sonnabend um 12 Uhr im Vereinshaus zu erscheinen.

Zu sofort mögl. Zimmer u. vorne mit Kasse für einen jungen Mann zu vermieten
Ludwigstraße 52, 1.

Zu vermieten freundliches Logis an 2 junge Leute.
Johannisstraße 55, 1. Etage.

Eleganter herren-Mosken-Anzug
(Tiroler) für Mf. 3,50 zu vermieten
Dauvorlegende 37

Sondere Dame-Mosken-Anzüge
billig zu vermieten
Ludwigstraße 34, 1.

Für Schuhmacher!
Ein gutgehendes Schuhmachersgeschäft in der Nähe Lübecks unståndehalber zu verkaufen.
Mährisches Friedenstraße 21.

Ein zweitl. Kleiderstück, robbwien Wahaq.,
poliert, 18 Mf., Speicherstr. 8 Mf.
Krumpholz, Tischler, Holzwirker 4

Ein Fahrrad billig zu verkaufen
Chausseestraße 6, III., (Burgtor).

Zwei Romane "Der Bettelpriß" und "Das Geheimnis der alten Burg" billig zu verkaufen oder zu vertauschen.
Näb. Rankau-Allee 18, Schwartau.

Sonnabend und Sonntag sind große
Wochen zu verkaufen.
Krögers Gosthof, Schwartau.

Beim Ball der Metallarbeiter am 18. Febr.
im Vereinshaus ein Portemonnaie mit Inhalt
gefunden.
Abzh. Gr. Gröpelgrube 17, Hth.

Empfehlungs-Karten
liefern prompt und zuverlässig
Die Druckerei des Lab. Volkstheater
Johannisstraße 50.

Ausschuss-Aepfel
Pfund 10 Pf.

Spethmann & Fischer
Beckergrube 59.

Billig! Billig!
Kalbfleisch
Pfund 40 und 50 Pf.
so lange wie Vorrat reicht
Julius Strohfeldt
13 Meierstrasse 13.

Jämstliche Wurstwaren
in bekannter Güte.
F. Raedler
Königstraße 48c, Ecke Johannisstraße.
Kernbrecher 1719

Bilder aus Lübecks Vergangenheit
von Theodor Schwartz.

Preis: Broschiert Mf. 4,—, in Leinen.
geb. Mf. 5,—, oder in 20 Lieferungen
à 20 Pf.

Friedr. Meyer & Co.
Buchhandlung und Buchdruckerei.
Johannisstraße 50.

Klingenbergs

5.

Louis Levy

Ecke Marlesgrube 2—4.

Räumungs-Ausverkauf empfiehlt:

Herren- u. Knaben-Konfektion:

Blauer u. schwarze Chev. Hosen f. Herren	2.20	u. 3.15	Mf.
Graue Buckskin-Hosen	2.90	u. 3.50	Mf.
Eisenstarke Leder-Workshosen	2.55	Mf.	
Großer Posten Herren-Zwirnhosen	1.35	Mf.	
Herren Buckskin- und schwarz Rammgarn Anzüge	11.75	u. 16.50	Mf.
Knaben Blusen- und Jacken-Anzüge	2.90	u. 3.35	Mf.
Nochmalshenden und Unterhosen	95	Pfg.	
Konfirmanten Anzüge	7.50	u. 11.50	Mf.

Schuhwaren:

Herren Schnürschuhe	3.50	Mf.
Herren Zugschuhe	1.85	Mf.
Herren Zugstiefel	3.50	Mf.
Herren Schnürstiefel	4.45	Mf.
Damen-Knopf- und Schnürstiefel	4.50	Mf.
Damen-Spangen-schuhe	1.85	Mf.
Kinder lederne Hausschuhe	95	Pfg.
Kinder gelb und rot Knopftiefel	1.25	Mf.

Verkauf nur gegen bar zu billigen aber festen Preisen.

Bodenjuppen und Winter-Paletots unter Einlaufpreis.

Nur noch bis
Montag, den 26. ds. Mts.,
dauert mein

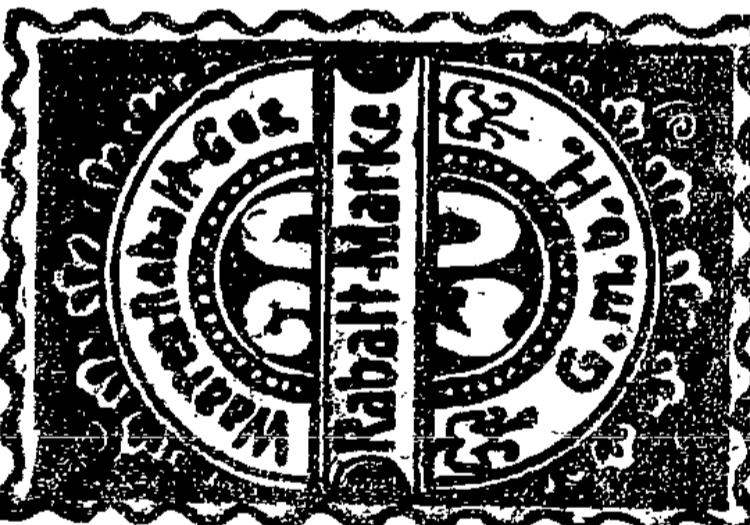
Inventur- u. Reste-Ausverkauf

Manufakturwaren-, Betten-, Bettfedern- und
Aussteuer-Geschäft.

Herren-, Knaben und Arbeits-Garderoben.

Wilh. Bartelt

Breitestraße 39. * Breitestraße 39.



Während des Ausverkaufs gebe ich

doppelt grüne Rabattmarken.

Nehme volle Bücher in Zahlung mit 5 und 10 Mk.

Im Ausverkauf

Traubrosinen Pfund 50 u. 60 Pf.

Kräckmandeln Pfund 70 Pf.

Walnüsse Pfund 40 Pf. nur 30 Pf.

sauere Kirschen statt 60 Pf.

nur 45 Pf.

süsse Kirschen statt 40 Pf.

nur 30 Pf.

Backbirnen ja. nur 15 u. 20 Pf.

Feigen Pf. nur 20 Pf.

Datteln Pfund 25 Pf.

u. a. m. billigst.

Karl Voss.

Aufnahmeweise Sonnabend:

Kein altes Kalbfleisch!

nur

prima junges Queenfleisch

do. Kalbfleisch billig.

34 Marktalle Stand 34.

Kartoffeln

gelbe Magnum bonum

100 Pf. 2.25 Mf.,

Fas. 35 Pf.

Karl Voss.

Stadthallentheater.

Montag den 26. Febr. 8 Uhr.

Einmaliges Gastspiel

ISADORA DUNCAN.

TANZIDYLLEN

mit Orchester.

Tickets a 1, 1.50, 2, 3, 3.50, 4 u.

5 Mf. bei Kraibell u. an d. Theatern.

Stadthallentheater.

Sonnabend, 24. Februar, 7½ Uhr.

Einmaliges Gastspiel VIOLA PAPST

vom Hoftheater Schwerin.

Kleine Preise.

Alt-Heidelberg.

Ufspiel in 5 Akten von Meyer-Döpler.

Sonntag nachm. 4 Uhr.

Fremd.-Vorl. zu kleinen Preisen.

Abends 7 Uhr.

Gr. Doppel-Vorl. zu eins. Preisen.

Die lustigen Weiber von Windsor.

Romische Oper in 4 Akten von Nicolai

Hierauf:

Ein unbeschriebenes Blatt.

Schulschreibhefte

empfiehlt die

Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Junge Leute

welche sich dem Seemannestand widmen wollen, empfehlen vollständige Ausstattung.

H. Prenzlau & Sohn, Untertrave 66/67.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung an Ausnahme der Rubrik "Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. geschriebenen Artikel und Notizen:
Auguste Stelling — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik "Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. geschriebenen Artikel und Notizen: **Paul Schwart**
Berlin: Theodor Gieseck — Preis: 10 Groschen — Preis: 4 Groschen — Preis: 2 Groschen — Preis: 1 Groschen

Beilage zum Lübeder Volksboten.

Sonnabend, den 24 Februar 1906

Nr. 46

13. Jahrgang.

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen!

Der Reichstag nahm am Mittwoch die zweite Sitzung unseres Wahlrechtsantrages vor. Herr Rebner war Genosse Herxfeld. Er gab nochmals ein Bild des Klassenwahlrechts, das in Preußen wie in Sachsen die weit aus stärkste Partei des Landes von der "Volkssvertretung" ausschließt, schlägt eingehend den mecklenburgischen Verfassungs- oder vielmehr Nichtverfassungsföderalismus, den zu bekämpfen die ältergrau gewordenen bürgerlichen Parteien Mat und Kraft verloren haben und hält der deutschen Bourgeoisie das Spiegelbild ihrer hessischen Vergangenheit vor. Dr. Böseker, der Vater, übersichtte Macaulays englische Geschichte, um des deutschen Bürgertums politisches Gewissen an den Erinnerungen der altfranzösischen Parteijuliz zu schärfen; Böseker, der Sohn, erneuert als deutscher Tiffey die blutigen Aissen und lädt die Richter und Schmiedenbedeten Assessoren der Straßammer gegen die einzige Partei los, die in Deutschland über wenigstens in Norddeutschland allein noch die besseren Überlebenssicherungen des Bürgertums bewahrt.

Auf unserem Fraktionssitz folgte der Mecklenburger v. Malzahn, ein in der Wölfe gefährter Oberritterjurist, der ein hohes Lied auf den "guten, lieben" Feudalismus seines Heimatlandes sang. Dann folgte Stöcker, der eisenharte. Die vielen Gratulationen, die er zu seinem 70. Geburtstag erhalten hat, scheint er als moralische Verpflichtung zu betrachten, allwöchentlich halb im Stile eines Predigers, halb in dem eines Harlekins ein Paule gegen die Sozialdemokratie loszuwerfen. In einer persönlichen Bemerkung brachte Ehren-Stöcker das Kunstmäßtum feilig, keinen sogenannten Scheiterhausbetrag als Ausfluss erhabenster christlicher Ehrlichkeit hinzu!

Recht unerheblich sprachen der Elsässer Wildberger und sein nationalliberaler Landsmann Schulmberger, der zwar vom Geburtsadel nichts, vom Geburtsadel dafür um mehr wissen will.

Genosse Bernstein unterzog sich der wenig reizlichen Arbeit, die Stöcker zu zergliedern und wies das verleumderische Untertanen zurück, plünderten Mob der Sozialdemokratie die Rockschöpfe zu hängen. — Der Freifinnige v. Gerlach erklärte sich im Prinzip für unseren Antrag, lehnte aber für's erste das Frauenstimmrecht — allerdings nur aus taktischen, nicht aus prinzipiellen Gründen — ab. — Dann kam der alte Laurabütten - Kaiborff an die Reihe, der bei Eugen Richters Sparagnes Roman starke Unleidenschaften machte und nach der Art des Fuchses, dem die Trauben zu hoch hängen, nach einer Wahlrechtsverschlechterung im Reiche halb verschämte, halb unverschämte Gelüste offenbarte.

In einer glänzenden Rede fertigte Genosse Bebel Stummus sel. Erben ab.

In der Abstimmung wurde der erste, prinzipielle Teil unseres Antrags gegen unsere, der Freifinnigen, Polen und Elsässer, der zweite Teil gegen unsere Stimmen abgelehnt.

Am Donnerstag stand das Handelsprovisorium mit Amerika auf der Tagesordnung.

*) Tiffey, Oberrichter unter König Jakob II. von England, saß den "blutigen Aissen" vor, den Schwurgerichten, die zahlreiche Todesurteile gegen die demokratischen Puritaner fällten.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübeder Volksbote“

Berlin, den 22. Februar 1906.

50. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Um Bundesstaatlich: Fürst Böllow, Graf Posadowsky, Tschirschky v. Bögenhof, v. Bodenbissi, Dr. Delbrück und viele Kommissare.

Shil.

Sozialpolitischer Roman von Israeli.
Übersetzt von Natalie Viebuecht.

20 Fortsetzung.

"Gut, und was dann? Zugegeben, daß er ein Schmarotzer ist, kann ich nicht Schmarotzer ebenso gut haben wie jeder andere?"

"Gewiß, aber ich bin nicht verpflichtet, die Abwesenheit solcher Leute zu bedauern."

"Wer mutet Dir das zu? Aber ich werbe Ihre Abwesenheit behauern, wenn es mir paßt. Und ich bedauere die Abwesenheit des Grouse, und ich bedauere sie sehr; und wenn es wahr ist, daß er von diesem ungünstlichen Match nicht abkommen konnte — Du kannst mir widersprechen, wenn es Dir beliebt — dann hätte er wenigstens Sorge tragen sollen, daß Slimy hier speiste und mich von Allem unterrichtete."

"Ich bin sehr froh, daß er es unterließ, dies zu tun," bemerkte Egremont, "ich ziehe Grouse noch dem Slimy vor."

"Ich glaube das wohl," sagte Lord Marney, indem er sein Glas leerte und sehr süsser dreinschauten; "ich zweifle nicht, Dir wäre es angenehmer, einen finnen, scheinheiligen Hexen, wie Deinen Freund St. Lys, in Marney zu sehen, der in den Hütten der Arbeiter predigt, das Volk unzufrieden macht, wir über schlechte Löhne Vorlesungen hält, neue Kirchenbauten sich Land erbettelt und Arabella zu Subsistenzlohn für gemalte Kirchenfenster verleiht."

"Gewiß würde ich gerne einen Mann wie Aubrey St. Lys hier in Marney sehen," erwiderte Egremont ruhig, obgleich etwas ärgerlich.

"Und wenn er hier wäre, würden wir bald sehen, wer der Meister wäre," sagte Lord Marney; "ich würde mich

Der deutsch-äthiopische Handelsvertrag wird in dritter Lesung debattiert angenommen.

Es folgt die erste Lesung des Handelsprovisoriums mit Amerika.

Reichskanzler Fürst Böllow: Nach der Regelung der Handelsbeziehungen mit den europäischen Staaten trat an die Regelung die Aufgabe heran, auch das wirtschaftliche Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zu ordnen. Die Vereinigten Staaten sind ein vorausweise landwirtschaftliche Produkte und Rohstoffe exportierendes Land. Trotzdem ist die Landwirtschaft weit weniger als die Industrie an unseren wirtschaftlichen Beziehungen mit Amerika interessiert, da sie den für sie notwendigen Schutz erhalten hat und deshalb mit Muße der Entwicklung der Dinge entgegensehen kann. Wir waren uns der großen Schwierigkeiten, welche den Abschluß eines umfassenden Tarifvertrages gerade mit den Vereinigten Staaten entgegenstehen, von Anfang an wohl bewußt. Diese Schwierigkeiten liegen nicht an den beiderseitigen Regierungen, sondern an Verhältnissen, die ich an dieser Stelle nicht näher erörtern kann, ohne den Anschein einer mir fernliegenden Einmischung in die inneren Verhältnisse fremder Staaten zu erwecken. Ich begnügen mich daher mit der Feststellung, daß sich der Abschluß eines Handelsvertrages mit Amerika bis zum 1. März d. J. als unmöglich erwiesen hat. Angesichts dieser Sachlage haben sich die verbündeten Regierungen entschlossen, dem hohen Hause dieses Provisoriums vorzulegen, durch welches den Vereinigten Staaten bis zum 30. Juni 1907 die Sätze unserer Handelsverträge gewährt werden. Wir gestehen den Vereinigten Staaten kein Recht auf Meistbegünstigung zu, wir räumen ihnen die Vollermächtigungen nur ein, um Zeit zu gewinnen und um im Interesse der beiden Teile einen Krieg zu vermeiden. Wir legen großen Wert auf die politische Freundschaft mit Amerika, wir denken aber nicht daran, sie mit einer Benachteiligung unserer wirtschaftlichen Interessen zu erkaufen. Wir haben keine Veranlassung, Beiträge zu gewähren, die einseitig im Interesse der anderen Kontrahenten sind. Wir wollen mit dem Bugestand der Vollermächtigung keinen definitiven Zugeständnis der Vereinigten Staaten machen. Angeichts der Schwierigkeiten der Vertragsverhandlungen und des Interesses unserer Industrie an langfristigen Lieferungsverträgen könnten wir das Provisorium nicht länger beiseite stellen. Also nicht um eine materielle Lösung handelt es sich bei diesem Gesetzentwurf, sondern um ein Zweckmäßigkeitsovergehen. Für die faktische Lösung solcher internationalen Fragen müssen Sie uns freie Hand lassen und uns etwas Vertrauen schenken.

Graf Schwerin-Löwitz (St.) bedauert, dem Reichskanzler, der unleugbar viel für die Landwirtschaft getan, in einer Frage entgegen treten zu müssen, an der die Landwirtschaft verhältnismäßig weniger interessiert sei, als Industrie und Handel. Die Frage besteht fast mehr noch ein nationales als ein wirtschaftliches Interesse. Durch die ungerechte Behandlung Deutschlands seitens Amerikas wird das Nationalgeschäft auf das schwierigste verlegt. Dies Provisorium ist ein neuer Sieg der amerikanischen Niedrigstolgsigkeit, es bedeutet eine Kapitulation. Daher wird die große Mehrzahl meiner politischen Freunde dagegen stimmen. (Beifall rechts.)

Moltenbuhr (SD): Wir werden für das Provisorium stimmen. Wer vor 3 Jahren bei den Böllampen prophezeite, daß der Reichskanzler hier diese Rede halten würde, der wäre der allerschwärzesten Reichsfeindshaft bezeichnet worden. Repressalien gegen deutsch-agrarische Schikanen spielen bei der amerikanischen Politik eine große Rolle; im übrigen bezweckt diese, genau wie die deutsche, die Ausplünderung der Massen und hält sich auch sehr gern in schöne Redensarten ein. Auch in Amerika heißt es, man müsse die Bölle erhöhen, um die Arbeitersöhne zu steigern, und auch in Amerika steigen die Löne keineswegs, wenn man die Böle erhöht hat. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nicht aus Vorliebe für Amerika, sondern um einen die Interessen der Industrie wie der Arbeiterschaft schwer schädigenden Krieg zu vermeiden, werden wir für das Provisorium stimmen. (Beifall b. d. Soz.)

Herold (S.): Wir sind überzeugte Schützgärtner und halten daran fest, daß der Generaltarif von 1902 gegenüber all den Staaten in Anwendung kommen soll, die uns nicht dulden wie Mowbray. Man könnte ebenso gut gleich einen Jesuiten ins Haus nehmen."

"Ich plane, daß ihm gar nichts daran liegt, in Dein Haus zu kommen. Ich weiß, daß er nur mit großem Widerstreben das Schloß Mowbray betreten hat."

"Ich glaube wohl mit großem Widerstreben; und ich zweifle nicht, daß er sich nur sehr ungern neben Lady Mand sezt. Ich wundre mich nur, daß er nicht noch einen höheren Flug nahm, und Lady Joan anpredigte; aber sie ist eine zu verständige Dame für solche fanatischen Dummheiten."

"St. Lys hält es für seine Pflicht, in alle Gesellschaftskreise einzutreten. Das ist der Grund, warum er nach Schloß Mowbray ebenso gut geht, wie in die schaustigen Höfe und Keller der Stadt. Er sorgt dafür, daß diejenigen, die im Purpur und seines Länen geliebt sind, die Verhältnisse ihrer ungünstlichen Mitmenschen erfahren. Sie können dann wenigstens nicht Unwissenheit als Grund für die Nichterfüllung ihrer Pflichten anführen. Vor der Zeit des Herrn St. Lys war die Familie auf Schloß Mowbray in Bezug auf Wohlthätigkeit und Räckstarkleie so gut wie nicht vorhanden. Vielleicht wäre es für andere, nicht weniger elende Distrikte, als jene, und für andere, eben so hohe Familien wie die Mowbray, sehr gut, wenn man statt eines Slimy einen St. Lys hätte."

"Ich glaube, daß soll ein Stich sein," sagte Lord Marney, "aber ich wünsche, daß die Leute in jedem Teil des Landes so gut doran wären, als sie es in meinen Besitzungen sind. Die Leute bekommen hier jede Woche acht Shillinge, mindestens immer sieben, und im Augenblick ist keine Hand müßig; alle sind beschäftigt, mit Ausnahme einiger Hallunken, die das Holzschalen und Bildern auch vorziehen würden, wenn Du ihnen den doppelten Lohn zahlen wirst. Die Höhe des Lohnes ist nichts, die Sicherheit des Verdienstes ist alles, und jeder Mann in Mowbray kann seiner sieben Shillinge wöchentlich sicher sein, wenig-

leine Vorteile einzutragen. Trotzdem werden wir, um einen Krieg zu vermeiden und der Regierung Zeit zu weiteren Verhandlungen zu geben, den vorliegenden Entwurf unter ausdrücklicher Betonung seines provisorischen Charakters annehmen. Einen Antrag, die Regierung zu ermächtigen, nur einen Teil des Vorzugstariffs Amerika gegenüber in Wirksamkeit zu setzen, müssen wir ablehnen. (Beifall im Zentrum.)

Stumpf (FB): Es handelt sich nicht um eine Kapitulation oder gar Herabwürdigung Deutschlands, immerhin eine bittere Bille, die geschluckt werden muß. Ich habe angesichts der starken Böllermehrheiten bei uns und in Amerika steis das Zustandekommen eines Gegenseitigkeitsvertrages beweist. Amerika gegenüber ist unser Generaltarif eine sehr unbrauchbare Waffe. Ein Krieg schadet uns mehr als Amerika. Unsere schützgärtnerische Wirtschaftspolitik hat Fiasco gemacht. (Sehr richtig! links.) Diesseits und jenseits des Oceans wird man mit dem Hochfußkollsystem brechen müssen. Wir werden für das Provisorium stimmen. (Beifall links.)

Baasche (NL): Mit den Voraussetzungen des Vorsitzers bin ich nicht einverstanden, wohl aber mit seinen Ergebnissen. In Amerika mehren sich bereits die Stimmen, daß die Hochfußkollpolitik nicht dem eigenen Landesinteresse entwirkt. (Zustimmende Heiterkeit links.) Wir wollen den Krieg nicht herausbeschwören, wir wollen in letzter Stunde das rettende Seil ergreifen. Über darüber macht sich Amerika keine Illusion; eine Verlängerung des Provisoriums gibt es nicht! — Wir werden für das Provisorium stimmen. (Beifall b. d. Nat. Lib.)

Dove (FB): In Erwartung eines besseren, nehmen wir das Provisorium an. Das Herr Baasche für Amerika Freihandelsgrundzüge predigt, nimmt sich in seinem Munde ganz besonders schön aus. (Sehr gut! links.) Auf ihrer Jagd nach Böllen und Böllchen hat die deutsche Industrie ihre wirklichen Interessen häufig verlaßt. Wie die Sachen nun einmal liegen, bedeutet das Provisorium gegenüber einem Krieg das kleinere Lebel. Vergessen wir librigens nicht, wenn wir uns über amerikanische Schikanen entrüsten, daß Amerika schließlich nur Schikanen gegen Schikanen setzt. Wir werden für das Provisorium stimmen mit dem bitteren Gefühl, daß eingetroffen ist, was wir voraus sahen und voraus sagten. (Bravo! links.)

Liebermann (N.): Sonnenberg (Wirtsh. Bg.): Die Landwirtschaft ist der Erstgeborene, der sich für die Nachgeborenen und minder gearbeitet hat. Es ist begreiflich, daß unsere Industrie keinen Krieg will; ist aber eine Operation nötig, dann erfolgt sie besser jetzt als später. Das Provisorium wird den Krieg nicht hindern. In unseren Handelsvertragsverhandlungen mit England und Amerika sind wir immer der Jakob, der von Herrn Fabian die blöde Lea statt der schönen Iahel erhält. (Heiterkeit.) Dadurch, daß man gewinnt hat über die Folgen eines eventuellen Kriegs mit Amerika, hat man die deutsche Position verschlechtert; und wenn Minister Delbrück auf dem Handelskrieg das amerikanische Kupfer als unentbehrlich bezeichnet hat, so würde Fürst Bismarck einen solchen Minister aus dem Amt gejagt und auf die Suche nach Kupfermine geschickt haben. (Heiterkeit b. d. Anteil.) Ein Teil meiner Fraktion will das Provisorium in die Wollschlucht werfen, ein anderer will aber für dasselbe stimmen, um der Regierung noch ein Jahr Probezeit zu geben. (Beifall b. d. Wirtsh. Bg.)

Dr. Voithoff (FB): Dieses Provisorium ist der klägliche Erfolg einer Handelspolitik, die unter anderen ja wohl auch deshalb gemacht wurde, um Kompensationsobjekte gegen Amerika in der Hand zu haben. Für die Verfehltheit der traurigen und elenden Handelspolitik des Reichskanzlers Fürsten Böllow ist dieses Provisorium der eindringlichste Beweis. Die deutsche Bevölkerung haben wir mit riesigen neuen Steuern belastet, unsere Produktion und unseren Absatz erschwert, unsere Handelsbeziehungen zu den betriebenen europäischen Vertragsstaaten verschlechtert und Amerika gegenüber nicht das geringste erreicht. (Sehr richtig! links.) Und doch ist dieses klägliche Provisorium noch das Vernünftigste oder doch das Mindestvernünftigste, was die Regierung unter den obwal tenden Verhältnissen tun konnte. Wenn die Agrarier dagegen stimmen, so tun sie es ja nur, weil sie doch wissen, daß er angenommen wird. (Zustimmung links.) Eine

Stimme für neun Monate im Jahr, und die andern drei Monate können sie in das Wohlhaus gehen; ein sehr geeigneter Böll ist sie; es hat Lustheizung und sonst jede Bequemlichkeit. Selbst Marney-Anteil hat keine Lustheizung. Ich habe oft daran gedacht; manchmal macht es mich ganz wild, denke ich an diese faulen, gemästeten Dienstboten, die ihr ganzes Leben mit dem Rütteln gegen ein großes prasselndes Feuer zubringen."

"Ich wundre mich, daß wir gerade von Feuer sprechen, daß Dir die brennenden Kornschöder nicht mehr Sorge verursachen," sagte Egremont.

"Es ist eine niedrige Böll!" rief Lord Marney sehr heftig.

"Was?" fragte Egremont, "daß wir Brandpistole in unserer Gegend haben? Wir hatten aber doch ein Feuer, den Tag nachdem ich herkam."

"Das hatte mit den Löhnern nichts zu tun, es war ein Böllfall. Ich erkläre mich selbst daran und das Gleiche tat Grouse und Slimy. Ich schickte sie überall herum und sagte ihnen, ich sei verfickt, das Feuer sei rein zufällig und sie sollten sich daran erkundigen. Und sie kamen zurück und stellten mir bei, daß es rein zufällig entstanden sei."

"Sie sagten es," meinte Egremont, "aber Niemand hat den Böll entdeckt."

"Ich für meinen Teil glaube, es war Selbstentzündung," sagte Lord Marney.

"Das ist allerdings eine befriedigende Erklärung", bemerkte Egremont mit einem Anflug von Spott, "ich für meinen Teil denke, der Brand ist eine Tatsache und da selber feststeht, daß die Leute in Marney —"

"Nun, Herr Bruder, die Leute in Marney —?" fragte Seine Lordship wüstend.

"Sind ohne Frage die elendest gestellte Bedürfnis der ganzen Grafschaft."

Besserung ist erst zu hoffen, wenn wieder statt der Verträge gegen den Handel Verträge für den Handel abgeschlossen werden. (Bravo! lins.)

Damit schließt die erste Lesung und das Haus tritt sofort in die zweite Lesung ein.

Freiherr Heyl zu Herrnsheim (N.L.) begründet einen Antrag, nach welchem die verbündeten Regierungen den Vereinigten Staaten nicht alle, sondern nur einen Teil der Gewährungen des deutschen Konventionaltariffs gewähren sollen. Selbst Sozialdemokraten, wie die südlichen Abgeordneten Schippel und Galwer, haben die Notwendigkeit hoher Schutzzölle gegenüber Amerika betont, das sich mit chinesischen Zollmauern umgeben hat. Meiner Meinung nach wird uns ein Zollkrieg mit Amerika unter keinen Umständen erspart bleiben. Die Aeußerung des Ministers Delbrück auf dem Handelstage, daß uns das amerikanische Kupfer und die amerikanische Baumwolle unentbehrlich seien, war wenig angebracht. Wir müssen uns Amerika gegenüber die nötige Reserve ausserlegen und daher stelle ich den vorliegenden Antrag. (Beifall bei den Sozialen.)

Staatssekretär Graf Posadowsky warnt vor der Annahme des Antrages und vor der Akzeptierung des französischen Differenzialsystems gegenüber Amerika. Die Differenzierung der amerikanischen Importe würde Amerika nur reizen.

Dr. Semler (N.L.) bestreitet im Namen eines Teils der nationalliberalen Fraktion den Antrag Heyl. Da wir die landwirtschaftlichen Produkte Amerikas nicht entbehren können, könnte es sich nur um die Differenzierung verschiedener Industrieprodukte, im ganzen um eine Zolldifferenz von 17 bis 18 Millionen handeln. Eine solche Kapitalie ist keinen Zollkrieg mit Amerika wert, zumal wir mit unseren Zollkriegen gegen Spanien, Kanada und Russland schlechte Erfahrungen gemacht haben. Aus der Annahme des Antrags Heyl könnte großes Unheil entstehen. Nichtleinliche Mängel, sondern nur eine grobschlächtige Förderung der beiderseitigen Interessen kann zu einem vernünftigen Handelsvertrag mit Amerika führen.

Bernstein (S.D.): Der Freiherr v. Heyl will mit seinem Antrag die Amerikaner blussen, aber mir scheint, er ist ein schlechter Politiker, denn durch einen solchen Antrag lassen sich Leute wie die Amerikaner nicht einschüchtern. Schippel und Galwer stehen mit ihren zollpolitischen Ansichten in der Partei durchaus isoliert da. Es ist aber keinerlei Gesinnungzwang gegen Schippel ausgetreten und seine Mandatsniederlegung kam völlig unerwartet. England ist nicht froh, sondern wegen des Freihandels aufgebläht. Dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge steht ein großer Teil der deutschen Industrien, z.B. die ganze Textilindustrie, ängstlich entgegen. Der eigene Parteigenosse des Herrn v. Heyl, Abg. Beumer, hat sich außerordentlich pessimistisch über die Zukunft der Eisen- und Stahlindustrie unter den neuen Handelsverträgen geäußert. Der Zollkrieg ist das allerungeeignete Mittel, um die Amerikaner von ihrer Hochzolladmiralität zu kritisieren; nur drei Staaten würden davon Vorteile haben. Es ist daher geradezu frivol zu sagen: Je schneller der Zollkrieg kommt, desto besser. Die deutsche Industrie schwerer geschädigt werden als die amerikanische. Wir können das amerikanische Kupfer z.B. absolut nicht entbehren — Die Stellung unserer Partei zu der Frage des Handelsprovisoriums mag dem hanseatischen Bundesbevölkerung wieder einmal beweisen, wie unstrittig seine neuzeitliche Behauptung war, daß wir Gegner des Handelsseien. Im Interesse unserer gesamten Produktion und der Arbeiterschaft stimmen wir gegen den Antrag Heyl und für das Provisorium. (Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wenn wir den Generaltarif auf einen kleinen Teil der amerikanischen Importe anwenden, so ergibt das gar keinen Effekt; wenn wir über den Generaltarif noch auf einen großen Teil der amerikanischen Importe ausdehnen, so läuft das im wesentlichen darauf hinaus, den ganzen Generaltarif Amerika gegenüber in Kraft zu setzen. Die Frage liegt so: wollen wir Amerika innerhalb der im Provisorium angestengten Zeit die Rechte der meistbegünstigten Nation einzuräumen oder wollen wir auf die Gefahr eines Zollkrieges hin unseren autonomen Tarif gegen Amerika anwenden? Ich kann nur dringend bitten, dem Provisorium zuzustimmen.

Freiherr Heyl zu Herrnsheim (N.L.) empfiehlt nochmals seinen Antrag und regt an, wenigstens das Provisorium vom Konventionaltarif auszunehmen.

Staatssekretär Graf Posadowsky stellt fest, daß die Annahme des Provisoriums völlig freie Hand für die verbündeten Regierungen, dagegen die Annahme des Antrags Heyl eine grundsätzliche Festlegung bedeutet würde.

Graf Schmerin-Löwitz (R.) versteht die Erklärung des Grafen Posadowsky dahin, daß auch ohne Annahme des Antrags Heyl die Reichsregierung die Möglichkeit hat, den Amerikanern nur einen Teil des Konventionaltariffs einzuräumen, und hält demgemäß den Antrag Heyl für überflüssig.

Sagte Dir das St. Lys? unterbrach ihn Lord Marnay leidenschaftlich vor Wut.

„Nein, nicht Herr St. Lys, aber jemand, der noch besser mit der Gegend vertraut ist.“

„Ich will denjenigen wissen, der Dir das aufgebunden hat“, sagte Lord Marnay mit Fingernimm.

„Wer mich über die Verhältnisse unterrichtete, war eine Frau.“

„Wohl Lady Maud, auf Einflüsterungen des St. Lys?“

„Nein, eine Frau aus dem Volk.“

„Gewiß die Dame eines Bildhübers! Ich kann mich nicht um das, was Weber sagen; hoch oder niedrig, sie übertrieben räumen.“

„Das Elend einer Familie, die von sieben oder acht Shillingen die Woche leben muß, kann kaum überleben werden.“

„Was weißt Du? Hast Du jemals von sieben oder acht Shillingen die Woche gelebt? Was sonst Du von dem Volke wissen? Du, der Du Deine Zeit in den Londoner Klubs oder in vornehmsten Landhäusern verbringst, Du möchtest wohl, daß die Leute so leben, wie man in den Londoner Klubs lebt. Ich sage Dir, eine Familie kann mit sieben Shillingen die Woche leben und mit acht sogar sehr gut. Den Armen geht es ganz gut, wenngleich den Armen auf dem Lande; das ist der wesentliche Punkt; sie haben keine Sorge, keine Angst, sie haben nichts eine Brust, sie haben immer das „Haus“. (Das Worthaus ist gemeint) Leute ohne Sorgen brauchen nicht so viel Nahrung, als diejenigen, deren Leben eine Kette von Sorgen ist. Sie können lange sitzen! Vergleiche ihre Sterblichkeiten mit der der Fabrikarbeiter! Ja, Brandstiftungen sind in der Tat vorgekommen. Wenn wir aber eine richtige Landpolizei ge-

Hiermit schließt die Debatte.

In der Abstimmung wird der Antrag Heyl gegen die Stimmen einer Minderheit der Nationalliberalen und einer Minderheit der Konservativen (darunter Abg. Graf Schmerin-Löwitz) abgelehnt. Das Handelsprovisorium wird gegen die Mehrheit der Konservativen, Wirtschaftlichen Vereinigung und einiger Nationalliberalen (Graf Orla und andere) angenommen.

Hierauf setzt das Haus die zweite Lesung des Justizrats mit den Resolutionen Ablach (FDP) auf Ausdehnung des Schwurgerichtsverfahrens auf Bremergegen, Graf Hompesch (D.) auf Vereinfachung des Wechselprozeßverfahrens und Hompesch (D.), Müller-Meiningen und Haussmann (FDP) auf Gewährung von Dikten an Schülern und Geschworene fort.

Mores (D.) erklärt sich namens seiner Partei gegen die Resolution Ablach, begrüßt die Ausführungen des Abg. Wasser mann über die notwendige Bekämpfung der zunehmenden Unsittheit und bezeichnet die gegenwärtige Fassung des § 181 als unzureichend zur Bekämpfung der unsittlichen Literatur, zumal ihn die Gerichte vielfach in der lexikalischen Weise anwenden. Wie Bilze schicken unsittliche Wigblätter aus dem Boden, die von pornographischen Annoucen wimmeln. Alljährlich wird nahezu eine Million Mark für beratige Annoucen ausgegeben. Unter Quintanern und Quartanern werden Bilder verbreitet, die zur sexuellen Perversion führen. Selbst der Goethebund und Mitglieder des Goethebundes haben schwere Missstände auf diesem Gebiete anerkannt müssen. Der Simplizissimusprozeß in Ulm hat die Schattenseite der Schwurgerichte im grellen Licht gezeigt. Ist nach solchen Urteilen wirklich noch das Privilegium der süddeutschen Presse, von Schwurgerichten abgesetzte zu werden, beizubehalten oder gar auf Norddeutschland auszudehnen? Wir werden bei der Strafprozeßreform den Antrag Ablach eingehend prüfen; für heute lehnen wir ihn ab. (Beifall b. Gentr.)

Hierauf verzögert sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. Dritte Lesung des Handelsprovisoriums. Fortsetzung der zweiten Lesung des Justizrats.

Schluß 5½ Uhr.

Soziales und Parteileben.

Sieben auf einen Streich. Aus Erfurt wird gemeldet, daß die Staatsanwaltschaft wegen sieben Artikel Anklage gegen unser Erfurter Parteivorstand, die „Tribüne“, erhoben hat. Die Anklagen lauten auf Aufreizung und Verächtlichmachung. Alle Delikte wurden in Artikeln gefunden, die kurz vor und nach dem 21. Januar veröffentlicht sind.

Posadowsky und das Helfarbeiter-Eland. Am letzten Mittwochvormittag hat Graf Posadowsky einen seit langem angeständigen Besuch in der Helfarbeiter-Ausstellung ausgeführt. Er wurde durch Professor Dr. Franke und das Ausstellungskuratorium empfangen. Der Rundgang begann bei den Konschkaarbeiten des Schreiberverbandes. Der Vertreter der Schreiberorganisation übernahm die Führung. Das Ederer St. Posadowsky wuchs sichtlich. So dachte er sich, als er hörte, die Glühlöhne seien einschließlich Garn und Nadel zu verschenken, zu seiner Begleitung um: „Meine Herr, natürlich wird dann der billigste Laden benutzt.“ Bei einem kleinen Kinderkleidchen Berliner Ursprungs, das per Post mit 1 Mark bezahlt wird, tat Posadowsky zum ersten Male eine Frage, die er während des zweiten Besuches noch oft wiederholte: Was kostet das im Laden? Graf Posadowsky ist hier und später darauf hin, daß es von größter Wichtigkeit für die Regierung bei der Suche nach Arbeitsmännern sei, die Arbeitslöhne mit den Werkstoffpreisen zu vergleichen und überdies zu wissen, wie sich der Werkstoffpreis zu den Arbeitskosten, Materialkosten und dem Gewinn stellt. Eine solche parallele Zusammenstellung würde von großer Wichtigkeit sein, um die Helfarbeiterfrage objektiv überblicken zu können. Als Graf Posadowsky von Freudenbach ihm darauf hingewiesen wurde, daß das Maschinenstrich d. St. bezahlt würde als das Handstrich, meinte er, das fasse er schon aus der Zeit her, da er Vater einer Korrektionsanstalt war. Der vom Gewerksverein der Helfarbeiterinnen ausgestellte seidene Zahngang rief eine gewisse Sensation hervor. Er bringt der Arbeiterin 2 Mt. Arbeitsschein, dem Zwischenmeister 7 Mt und dem Verkäufer 100 Mt. Es wurde auf besonderen Wunsch des Grafen festgestellt, daß der Umlauf 12 Stunden Arbeitszeit erfordert. Die große Dauer der Kinderarbeit nahm die Aufmerksamkeit Posadowskys besonders in Anspruch. Geheimrat Kaufmann

hatte hörten, würde man nie von so etwas wie Brandstiftung gehört haben.“

Es trat eine Pause ein. Lord Marnay führte hastig ein zweites Glas hinunter, Egremont nippte an seinem Wein. Endlich sagte er:

„Dieser Diplomat, Georg, ließ mich den Hauptgrund verzeihen, worum ich heute so froh bin, daß wir allein sind. Ich dränge Dich nicht gern, bin aber selbst verzweifelt gebrüder. Ich erhielt einen Brief meines Agenten, diese Wahlrechnungen müssen geregelt werden.“

„Wie? Ich dachte, sie wären geregelt.“

„Was meinst Du?“

„Ich glaubte, meine Mutter hätte die tausend Pfund gegeben.“

„Kein Zweifel, doch über dieses Geld war schon lange vorher verfügt.“

„Meiner Meinung nach war es vollständig genug für einen Parlamentswahlkampf in diesen Breiten. Aufrüstet daß man für einen Sitz im Parlament zu zahlen hat, sollte jemand, der sich wählen läßt, bezahlt werden.“

„Es mag teilweise wahr sein, was Du sagst, aber es ist nur zu spät, die Sache von diesem Gesichtspunkte aus zu betrachten. Die Ausgaben sind gemacht worden und müssen bezahlt werden.“

„Ich sehe das nicht ein, wir haben tausend Pfund bezahlt und ein Rest ist noch unbezahlt. Wenn hat es jemals einen Wahlkampf gegeben, bei dem nicht ein Rest unbezahlt blieb? Ich erinnere mich, wie mein Vater oft erzählte, daß unser Großvater, als er für unsere Großstadt kandidierte, mehr als hunderttausend Pfund bezahlt hatte; und doch blieb noch ein Rest unbezahlt. Regelmäßig jedes Jahr bekomme ich anonyme Briefe, in denen wir mit furchtbarem Nachdruck gedroht wird, wenn ich nicht hunderttausendzig

habe. Die Beamtentumshandelsfirma eine „mörderische Fahnse“. Viele Zeitvertreter der Partei kann noch bei den Ballstufen aus dem Saal und den Portfeuilles arbeiten, weil hier Fabrik- und Gewerbeindustriebüros überge stellt waren. Wie sich die Besucher verabschiedeten, brachte Graf Posadowsky, er würde die Frage des Megistrierzwanges in Erwägung ziehen.

Aufruf an die Organisationen aller Parteigenossen deutscher Sprache im Auslande. Der unterzeichnete Verein, die Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterschaften, der Sozialistische Bund im Pariser, hält es im Interesse der internationalen sozialistischen Bewegung für geboten, die Gründung einer neuen Organisation anzugeben: Eine Vereinigung aller Organisationen deutscher Sozialdemokratie im Auslande. Welches sind die Aufgaben unserer Vereine? Sie lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: 1. Die G. holt zu und fördert die sozialistischen Gesellschaften und die Propaganda unter den noch nicht für unsere Sache gewonnenen Bürgern. 2. Die Pflichtübernahme der Beziehungen zwischen den ausgewanderten Personen und der Partei des Heimatlandes. 3. Die Unterstützung, pflichtige Aussöhnung und Pflege der sozialistischen Freundschaft im Auslande. 4. Die Aufzehrung von Befreiungen unserer Organisationen und unserer Mitglieder zu den sozialistischen Organisationen des Auslandes. Unverzagt unserer Mitglieder für die vorlängigen Gewerkschaften, Bruderschaften usw. Werden wir diesen Aufgaben eine neue, enge Zusammenarbeit mit den Parteigenossen in den verschiedenen anderen Ländern, beizustellen? Unsere Unselige beim deutschen Parteivorstand hat gegeben, daß dieser von den Adressen von drei Organisationen im Auslande bekannt ist, obgleich deren Anzahl besteht. Wenn nun auch eine unmittelbare Teilnahme an den politischen Parteikontingenzen uns sowohl in die Heimat als im Auslande teils durch tatsächliche, teils durch gesetzliche Hindernisse versagt sind, so halten wir doch eine stärkere Freiheit möglich, als sie bisher ausgestellt worden ist. Die deutschen Vereine im Auslande sind die natürlichsen Sitzpunkte der Massenpartei und Bündnispartner zwischen ihr, den heimatlichen Gewerkschaften und den entsprechenden Organisationen des Auslandes. Dazu werden sie aber in nur ganz verschwindendem Maße benutzt. Das soll anders werden. Es ist offenbar im Interesse der Partei, die proletarische Energie der Hunderttausende, ja Millionen der im Auslande lebenden deutschen Arbeiter zu nutzen, sie, wenn auch in ganz lokaler Form, einander anzugehören, sei es durch eine Verbrauchermännerorganisation, sei es nach einem noch zu bildenden System. Dazu bedarf es einer Verbindung der ausländischen Organisationen deutscher Arbeiter. Aber nicht allein zu diesem Zweck ist es erwünscht. Erfahrungsgemäß veranlaßt der Kontakt der Arbeiter mit den deutschen Arbeitern sie häufig, von einem Land ins andere zu gehen, und der Fälle sind ungähnlich, daß sie z.B. aus der Schweiz nach Frankreich, nach England oder Amerika wandern, ohne daß es ihnen gelinge, den Anschluß an unsere Organisationen zu finden, oft lediglich aus dem Grunde, weil sie unsere Adressen nicht kennen. Auch das soll besser werden. Der erste Schritt ist, daß wir diese Adressen sammeln. Wir ersuchen die Organisationen der deutschen Sozialdemokratien im gesamten Auslande, uns ihre Namen und Adressen bezw. die ihrer korrespondierenden Vertragsmänner mitzuteilen. Wir werden, so lange nicht weitere Bestimmungen getroffen sind, diese Adressen untereinander austauschen. Das Resultat wird uns einen Überblick darüber erlauben, wie wir weitere weitere Ziele erreichen können. Mit sozialdemokratischem Parteigriff Deutscher sozialdemokratischer Verein in Paris, 9 Rue de Valois.“

Ein Tag und zwei.

Anarchistenprozeß. Eine Berliner Strafammer verurteilte die Anarchisten Rothmann und Müller auf Grund der §§ 110, 111 und 130 des Str. G. B. zu je 6 Monaten Gefängnis, den Anarchisten Frauböse nach §§ 7 und 18 des Preisgesetzes zu 200 Mark Geldstrafe.

Vier Kinder erstickt. In Groß-Möckern bei Breslau sind die vier Kinder der Arbeiterfrau Sauer im Alter von ein bis sieben Jahren durch Kohlenduft erstickt.

Vom heiligen Bürokratius berichtet die Eberfelder „Freie Presse“ ein nettes Stückchen. Ein Kaufmann,

Pfund für ein Wahlstück im „Lustigen Scheerenschleifer“ bezahlt.“

„Du scherzt. Die Angelegenheit erhebt eine ernste Bedeutung. Ich möchte diese Rechnungen sofort geregelt haben.“

„Und ich möchte wissen, wo die Fonds sind, aus denen das geschehen soll. Ich habe keine. Die Masse von Scheinen und Stellungen, die ich jetzt zu bauen habe, ist einfach. Und dann, diese Wut fürs Draufsetzen; sie könnte den größten Geldbeutel erschöpfen. Was sagt Du zu zwei Millionen Ziegelseine dieses Jahr? Nun die St. unten, zu deren Aufbesserung wir diese entsetzlichen Opfer bringen, sie sind reich nominal, oder werden es bald sein. Man wird nicht eher zusieben sein, als bis man uns unser Land gekommen hat. Das ist mir klar. Ich bin auf eine Herabsetzung von fürsundzwanzig Prozent vorbereitet. Wenn die Vorzeige angerufen werden, kann es nicht weniger ausmachen. Meine Mutter sollte dies in Betracht ziehen und dem entsprechend ihren jährlichen Witterungsanteil herabsetzen. Aber sie wird wohl nicht wollen — die Menschen sind so selbstsüchtig — besonders da sie Dir diese tausend Pfund gegeben hat, die in Wahrheit eigentlich aus meiner Tasche kommen.“

„Dies alles sagtest Du mir schon früher. Was soll es bedeuten? Ich unterwarf diesen Wahlkampf auf Antrag meiner Familie und nicht auf eigenen Wunsch. Da bist das Haupt der Familie und würdest über diesen Schritt zu Rate gezogen; deshalb schloß ich, daß es mit Deiner Zustimmung geschah, sonst würde ich gewiß nicht auf den Stuhlsieg (Stuhlsieg heißt die — weißt du Breitern errichtete Plattform, von welcher herab in England die Kandidaten proklamiert werden und sich den Wählern vorstellen) erscheinen sein.“

(Fortsetzung folgt.)

über hieß es Verzögerer der Konkurs eröffnet war. Schuldete die Postverwaltung an Telephongebühren eine Maut. Diese Forderung wurde von der Postverwaltung im Konkursverfahren angemeldet. Die Aktiengesellschaft gegenüber der Postverwaltung ist jedoch in diesem Konkursverfahren so gering, daß an der Gläubiger nur 1½ Prozent ihrer Forderungen verteilt werden kann, so daß die Postverwaltung lange und große 1½ Pfennige erhält. Wege verschiedener Schwierigkeiten, die sich bei Beurteilung des Falles ergeben, konnte den Gläubigern ihre Dividende bis jetzt noch nicht ausgeschüttet werden. Die Postverwaltung fragt nun mit großer Regelmäßigkeit von Zeit zu Zeit, ob ganz bis jetzt schon iedersmal bei dem Postarbeitsverwalter ist, ob die Dividende an sie jetzt ausgeschüttet werden kann. Diese wiederholten Anfragen und Wiederholungen wegen Auszahlung der 1½ Pfennige erschöpften Beamtenträte in Tätigkeit, und verursachten Auslagen an Porto und Papier, die mindestens auf 1½ Pfennige bei auszuhöhlenden Dividende überstiegen. Wie nun weiter berichtet wird, kann jetzt endlich die Dividende an die Gläubiger ausgeschüttet werden, und die Postverwaltung erscheint nunmehr auch ihre 1½ Pfennige, wenn sich nicht inzwischen neue Schwierigkeiten bezüglich der Art der Ueberweisung dieses Betrags ergeben hätten. Der Postarbeitsverwalter verzichtete sich in vielerlei den Kopf, wie es ihm möglich ist, diesen Beitrag an die Postbehörde abzuzahlen, ohne späterer Bestrafung dieser peinlichen Behörde ausgesetzt zu sein. Es gibt keine Münzsorte im deutschen Reich, die es ermöglichte, diesen Betrag in Pfennigen auszuzählen zu können, und so bleibt nur eine Abrundung nach unten oder oben möglich. Es ist aber ziemlich gewiß, daß die Postverwaltung so ohne weiteres mit einer derartigen Abrundung weder nach oben noch nach unten einverstanden ist, und dann als unausbleibliche Folge eine lebhafte Kompensation über diese Streitfrage entstehen wird, bei der wieder viel Papier und Tinte verbraucht werden wird. Auch hält sich der Konkursverwalter nicht für verpflichtet, den Dividendenbetrag auf Gefahr und Kosten der Konkursmasse an die Postverwaltung einzusenden, da hierdurch Auslagen entstehen würden, die den zwanzigfachen Betrag der Dividende übersteigen. Es ist also nicht abzusehen, wie sich diese feröse Angelegenheit noch weiter entwickeln wird, und wie viele Postämter und Poststellen sich in Zukunft noch damit beschäftigen.

Arbeiterrisiko. Beim Bau eines Wasserwerks der nördlichen Wasserwerke in Bremen erfolgte ein Einsturz. Zwei Männer wurden getötet.

Die Abschüttungsanlage. Aus Erbach im Odenwald wird der „M. V. B.“ geschrieben: „In dieser Gegend macht sich unter den Unternehmern eine neue ansteckende soziale Krankheit bemerkbar, nämlich die Abschüttungsanlage. Wenn derartige Massenabschüttungen ja auch der beste Beweis dafür sind, daß die Arbeitgeber sich ihren Arbeitern gegenüber verpflichtet fühlen so ist es aber doch bedauerlich zu sehen, wie die Arbeitnehmer, und noch dazu organisierte, sich in solcher Weise abschütteln lassen. Vergangenen Sonnabend fand hier im Gasthof „Zum Adler“ eine Diamantschleifereiabschüttung statt, welche zur besseren Verbindung von Tanzmusik mit Biertrinken begleitet war. Der Brud der dieser Zellen ist indessen nicht, den Teilnehmern weitere Vorwürfe zu machen, sondern den Arbeitern möchten wir nur klar machen, daß eine derartige Abschüttung für den betreffenden Arbeitgeber eigentlich ein sehr gutes Geschäft darstellt. Die betreffende Diamantschleiferei bezahlt nämlich einen um 15 Prozent niedrigeren Lohn als die andere hier ansässige Schleiferei und als die Diamantschleiferei in Hanau. Nehmen wir an, daß jeder ausgelernte Diamantschleifer des Abschüttung spendenden Unternehmers jährlich 1200 Mk. verdient, so macht diese 15prozentige Lohnerhöhung bei dem einzelnen Kollegen 180 Mk. aus, bei 35 Schleifern $180 \times 35 = 6300$ Mk. Rechnet man hier von 300 Mk. ab für die ehemalige Abschüttung, so bleiben dem Unternehmer 6000 Mk. Gewinn, so viel kostet aber auch uns alle diese Abschüttung! Für 6000 Mk. wird sich mancher Unternehmer finden, der bereit ist, mit äußeren Zeichen des Bobollens seine Arbeiter und deren Frauen noch einmal satzen zu lassen. Die Frauen aber, welche mitgegessen und mitgetrunken haben, müssen doch zulustig fleis daran denken, daß 15 Mk. monatlich mehr in ihrer Haushaltungstasse (jährlich 180 Mk.) ihnen ganz andere Dienste leisten wird als ein ehemaliges Salatessen mit darauffolgender Tanzmusik.“

Erflossen hat sich in einem Hotel in Straßburg im Elsass der Oberleutnant Wahnsinn vom Feldartillerie-Regiment Nr. 62.

Achtzig Schritte unter dem Erdboden wurde, wie dem „Hambg. Correspondent“ aus Straßburg gemeldet wird, der Bergmann Solai auf dem Grubenstollen H. vingen von zwei Kroaten ermordet und vor seine Uhr und 300 Mk. herauft. Der Kroate Radosevic wurde verhaftet; sein Genosse ist mit dem Staub flüchtig.

Von einer Latrine verschüttet wurde nach einer Berner Meldung der 28jährige Fabrikarbeiter Colsmann aus Langenberg bei Barmen, kurz vor Kurzgas in Samaden im Engadin. Colsmann wurde bei einer Skitour an der Dialezza von einer Lawine erfaßt und im Schnee begraben. Erst sofort angestellter Rettungsversuch gilt er als verloren. Sein Gefährte, Architekt Beckel aus Freiburg im Breisgau, konnte sich retten.

Ein Opfer der Parlamentsauflösung. Aus Bündapest wird berichtet: Als am Tage des gesamten Parlamentschlusses das 32. Infanterieregiment aus der Wallerhäuser ausmarschierte, wurde es mit scharfen Patronen beschießen. Das Gewehr eines Einjährigen ging plötzlich los und die Kugel traf einen Ex-Jahresreiter, der sofort tot blieb. Der Einjährige wurde verhaftet. Das ist jedenfalls das schmerzlichste Opfer des Parlamentstage!

Lebendig begraben. Von entzückenden Greuelzonen aus dem beständigen Kampf zwischen Bulgaren und Griechen in Mazedonien, die vor 5 Wochen in Sven, einem kleinen Gebirgsdorf östlich von Monastir an der Serna-Reka, wo die wilden, schroffen Hänge der Hochgebirge vom Hügelchen durchbrochen werden, vorgelommen sind, wird aus Saloniki berichtet. Die Greuel blieben verschwiegen, weil sie fern von der Centralstelle im verlassenen Dorf passierten und der Schleicher, der den grauen Vorgang so lange bedeckt hatte, erst jetzt gelüftet wurde. Beim Gebirgsdorf Stočevir, südlich von Sven, tauchte am 9. Dezember d. J. eine bulgarische Bande unter ihrem berüchtigten Chef Woldje auf und er-

worbene vier Männer, ein junges Mädchen aus dem Dorf und einen Bauer aus Petoliro, die gemeinsam vom Markt in Monastir nach Hause zurückkehren wollten. Am 4. Januar d. J. erschien diese Bande zur Abendzeit im Dorf, tötete fünf Bauern und brachte fünf Waffenträger nieder. Der Wohlstand der patriarchalischen Bevölkerung war vernichtet, die Exarchisten wurden der Teilnahme gezwungen und Bevorzugung und Nachsucht befürchteten sich der hellenistischen Bevölkerung der ganzen Umgegend. Zwei verheiratete Männer aus Iren beschlossen, sich einer griechischen Bande anzuschließen und verließ das Dorf. Wenige Tage später erschien eine bulgarische Bande in Iren. Mitglieder der beiden, zuverlässig gefeierte, betraten die Wohnhäuser, in denen die verlorenen Ehefrauen mit ihren kleinen Kindern hausten. Die Frauen wurden verhaftet, Hände und Spaten mitzunehmen und der Bande auf den Kirchhof zu folgen. Jede der Frauen mußte eine Grube graben. Dann wurde ihnen Kleider und Hammern abgenommen und über den unglücklichen Opfern, die lebend bzw. quälvollem Tode überliefert wurden, kramten sich die Grabhügel, und die Banditen warteten und horchten aufmerksam, bis auch Totenstill unter dem Grabe herrschte. Dann erst verliehen sie den Oct. zwei Tage darauf schleppte eine griechische Bande sich zehn bulgarische Bewohner aus dem Dorfe Iren auf denselben Kirchhof. 13 fielen unter den Angeln, dieben gelang es, verwundet zu entkommen. Ein türkisches Kommando erschien bald darauf an der Stelle und, durch den merkwürdigen Tod der Exaktion aufmerksam gemacht, gelang es dem kommandierenden Offizier, durch eingehende strenge Vernehmungen der Bewohner von Iren den wahren Tatbestand festzustellen und sich von der erschütternden Wahrheit durch Augenzeugen zu überzeugen.

Angenehme Preschverhältnisse herrschen offenbar in Brasilien. Die in deutscher Sprache erscheinende „Joinville'sche Zeitung“ bringt in ihrer Abonnement-Einladung folgenden Passus: „Unsere geschätzten Werchter, die auf unsere Zeitung abonniert haben, aber der Meinung sind, daß wir von der Lust leben und daß sich unser Material von selbst erneuert, machen wir darauf aufmerksam, daß sie sich im Fertum befinden, und daß wir jederzeit, auch nachts, bereit sind, rücksichtige Abonnementszahlungen in Empfang zu nehmen. Hierbei müssen wir jedoch bemerken, daß es uns bei der schlichten und losgelösten Schiffahrtsverbindung nach Brasilien Goldzoll und dergl. m. nicht möglich ist, unsere Papierlieferanten in Europa mit einer Schiffsladung wohlhabender Botaten oder ähnlicher Produkte bestiedigen zu können, womit wir sagen wollen, daß landesübliche Münze immer das annehmbare Zahlungsmittel für uns ist.“ — Hierzu bemerkt die ebenfalls deutsche Zeitung „Germania“ von S. Paulo: „Einfach beweiswert, diese Joinville'sche Zeitung! Unserer Meinung wäre manchmal froh, wenn er noch wohl schmeckende Botaten bekäme, muß sich aber oft genug mit dem Naturalienangebot in saulen Eiern begnügen.“

Ein Massenmörder. In Kapstadt wurde ein Farmer namens Schäffer erschossen. Töter ist ein Kavallerist namens Basson. Bei der Ermordung wird weiter gemeldet: Er bestiehlt kein Zweifel mehr, daß Basson an mindestens neun Morden beteiligt war, die während der letzten fünf Jahre verübt wurden. Er fast allen Fällen verfuhr er auf die gleiche Weise. Er ließ dem von ihm ausgesuchten Opfer Geld, wobei er sich in Not befindliche Leute aussuchte und ließ sich als Sicherheit eine Lebensversicherung geben. In einigen Fällen bezahlte er sogar die Versicherungsprämien aus seiner eigenen Tasche. Dann wartete er eine passende Gelegenheit ab und drohte seinem Opfer um. Die Nachricht von der Aufdeckung der Verbrechen Bassons hat ganz Südafrika in Aufregung versetzt; denn seine Mördertafel erstreckt sich von Waldeburg, wo er einen Mann umbrachte, nach Robertson, Malmesbury und anderen Städten in den westlichen Provinzen. Mindestens vier Morde hat Basson allein im Kapland begangen. Er lebte still und unauffällig mit seiner Mutter, seinem Bruder und seiner Schwester zusammen, die jede Kenntnis von seinen Verbrechen lagen.

Die neue Bismarck-Hymne. Aus Gotha wird geschrieben: Ein Bösewicht hat dem Redakteur des hier erscheinenden antisemitisch bündlerischen Blätterhauses einen empfindlichen Streich gespielt. Ein anonymus, der sich „Lehrer H.“ unterzeichnete, sandte dem Redakteur ein äußerst schmeichelhaftes Schreiben, in dem insbesondere dessen angeklagten Verdienste um die Erziehung des Gothaer Bürgertums gegen Republikaner und Sozialdemokraten gerühmt werden. Der Adressat drückte in seinem Blättchen nicht nur höchst dieses Schreiben ab, sondern auch eine beigelegte Bismarck-Hymne, die folgenden Wortlaut hat:

Dem Andenken Bismarcks.
Deutsche Söhne, laßt den Ruf erschallen:
Bismarck hurra, hurra Germania!
Brillet Lobsang und Ruhmeshallen
Dankoleichen ihm vom Welt zur Adria!
Ja Deutschland Rot, in Stürmen und in Wettern,
Stets droht er, uns're Freude zu zerstören.
Trotz aller Unbill, die die Reider zeigen
Dem Heros, der das Deutsche Reich erschuf —
Ein ganzes Volk wird dankbarlich sich neigen,
Ringsum in deutschen Gauen hat der Ruf:
Gefrost, wenn wilde Segner dich unlosen,
Reicht keiner doch an dir, den Eing'gen, Großen!
Ob auch die Römlinge mit ihren Lebren,
Ein feuchtes Demagogentum dir droht,
Sie mögen spöttelnd uns die Achtung wehren,
Sie mögen sprühen Ihnen gift'gen Rot —
Turmhoch steht doch Fürst Bismarck über allen,
Ein Ideal, zu dem wir dankbar wollen.
Er war es, der die deutschen Stämme einigte,
Spricht auch der Reid ihm diese Tat nicht zu;
Er war es, der die vielen inneren Feinde
Längst schon mit weiser Kraft gebracht zur Stille,
Da seinem Gesetz müßt' man sie belämmern,
Weit er verstand es, ihre Macht zu dämpfen.
Gewaltiger, dein Name soll uns leiten,
Ob innen, außen man uns zwingt zu streiten.
Treu kämpfen wir zu Land und auf den Welsen,
Heut wie in Zukunft soll der Feinde drohn
Na Deutschlands Einheit, Deutschlands Macht zer-
schellen!

Im gegnerischen polnischen Druck wurde alsbald berichtet, daß diese Bismarck-Hymne ein Alkoholischon ist, dessen Anfangsbuchstaben in freien Worten vereint, aus dem Grunde seine Schönheit für den ungeübten Redakteur erhalten, weil er selbst den Vornamen Hugo führt.

Üllerarisches.

Die „März-Zeitung“ der Buchhandlung Vorwärts wird in diesem Jahre dem Gedächtnis Fried gewidmet sein. Besonders stolz in diesen Tagen 50 Jahre seit dem Tode des Dichters verlassen, der in wichtigen Versen die Geschichtsschule über Rollton und Philisterstaat sausen ließ. Noch heute wehren die Rückwärtler aller Sorten dem Toten die marmorne Ehrenglocke. So ist auch hier die Arbeiterschaft auf den Plan, nach ihrer Weise den freien Sänger zu ruhe bringen. Das historische Bild wird Wilhelm Blos Weinen und Weinen des Dichters in seiner charakteristischen Eigentümlichkeit zu schreiben. — Über „die Frauen im Leben Heines“ schreibt A. Hendrich. Der Erfolg des Dichters auf die Agitation der Sozialdemokratie wird von Hermann Mollenbusch illustriert werden. — Heinrich Schulz wird die „Heine-Ehrenglocke“ in Deutschland kennzeichnen, während die Pressechristen des Dichters eine Betrachtung durch John Schlosser erfahren. — Zahlreiche Porträts, von Heine selbst und denen, die ihm im Leben nahestanden, und andere Illustrationen zieren das Heft, das auch charakteristische Bilder aus den Werken enthalten, sowie ein Gedicht in der handschriftlichen Form des Dichters bringen wird. Der Preis für die Nummer beträgt 20 Pfennig. Bezahlungen müssen spätestens bis 25. Februar ausgegeben sein.

Bon der „Neuen Welt“ (Stuttgart, Paul Singer). Es soeben das 21. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte des Hefts heben wir hervor: Fasch und Scheiden. — Der amerikanische Arbeiter. Von A. Kautsky. — Die Trennung der Kirche vom Staat in Frankreich. Von Ch. Hippopont-Paris. (Schluß.) — Die soziale Lage der Tapetierer. Von G. Becker Hamburg. — Ein neues Werk über die ararische Frage. Von Konstantin Turenne. — Literarische Rundschau: Professor Dr. Otto v. Zwiedinek-Schönhorst, Arbeiterbuch und Arbeiterversicherung. Von Dr. Siegfried. Charlotte Berlinus Gilman (Stalson), „Kinder-Kultur“. Von Therese Schlesinger-Gottstein. Dr. Theodor Karl Manhart, Menschenopfer bei den alten Hebräern. Von Ernst Lange. Dr. jur. Otto Wallerstedt, Arbeiterorganisation und Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Von ad. Dr. Die „Neue Welt“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Postbüros zum Preise von 25 Pf. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann die selbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Bon der „Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochenschrift“, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Vilh. Braun (Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 Mk., Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert) ist soeben das 8. Heft des 2. Bandes erschienen, das folgenden Inhalt hat: Götzen: Das Leipziger Urteil. — Das Beste vom Besten. — Blickvorstellung. — „Dreadnought.“ — Tanz für die Balten. — Vilh. Braun: Sozial-politische Postkäffchen? — Franz Klöhs: Die Breslauer Justiz. — Kurt Eisner: Englische Grotesken. — Paul Göthe: Eine neue Hypothese über die Entstehung der Religion. — Leo Bieg: Berliner Theater. — A. Hendrich: Eine Winterwanderung.

Bon der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterschaft (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 4 des 16. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalte dieser Nummer heben wir hervor: Die Opfer der Arbeit. Von Gustav Hoch. — Die Frauen im Bauernkrieg. Von Wilhelm Blos. — Der Mehrwert. II. Von Julian Borchardt. — Bon der Heimarbeiterausstellung in Berlin. I. Die Textilindustrie. II. Die Holzindustrie. Von m. 1. — Der Karlsruher Wahlrechtsraub vollbracht! Von Gustav Bleib.

Aus der Bewegung: Bon der Agitation. Jahresbericht der Vertreterpersönlichkeit Bromberg. — Die Demonstrationenveranstaltungen in Magdeburg. — An die Vertreterpersönlichkeit der Genossenschaften Deutschlands. — Politische Rundschau. Von G. L. — Genossenschaftliche Rundschau. Von Simon Rosenblatt. — Notizen: Frauenstimrecht. — Vereinsrecht der Frauen. — Weibliche Fabrikinspektoren.

Soziale Erziehung. — Frauenbewegung. — Feuilleton: Tüte Kanze. Eine Hölzgälder Geschichte von Wilhelm Holtzamer. — Der Lump. Von Theodor Storm. (Gedicht). — Streitposten. Von H. R. — Für unsere Kinder: Sprach. — Von Friedrich Rückert. — Im Osendinkel. Von A. Hendrich.

In Bulemars Haus. Von Theodor Storm. (Gedicht). — Wildfütterung im Winter. Von Anna Maria Stiel. — Prinzess Sonnenschein. Von Franz Mädling. (Gedicht).

Zum Abberken an Sabo. Ein Naturmärchen von Hebe. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierjährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

„Kommunale Provinz“, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeinde-Sozialismus, herausgegeben von Dr. Albert Südelius. Daß die staatliche Bürokratie der Selbstverwaltung der Gemeinden nicht grün ist, weiß gerade jedermann; um so auffälliger sind Befreiungsmäuse von der Art, wie sie in der letzten Zeit das rheinische Städtchen Vallendar in Aufregung gesetzt haben. Dort hat ein Bürgermeister jahrelang eine töde Mchwirtschaft getrieben, aber alle Versuche nacktmäuse Bürger, die Regierung zum Eingreifen zu bewegen, scheiterten an einer geradezu unbegreiflichen Sorglosigkeit der Staatsbürokratie, die hier auf einmal einen hellsoßen Respekt vor der Selbstständigkeit des Bürgermeisters zeigte. Freilich war dieser ehrenwerte Herr auch eine große „Ordnungsfähige“! Die neueste Nummer der „Kommunalen Provinz“ bringt neben vielen anderen wichtigen Artikeln und Notizen eine Darstellung der Kommunalstaat in Vallendar, die überall Interesse erwecken wird. Probenummern sind jederzeit kostenlos vom Verlage der „Kommunalen Provinz“. Berlin W. 15, zu beziehen.

Die Armut und der geringe Handwerksmann und Fabrikant sollen in den Städten, so selbige zur Erhaltung ihres Lebens unumgänglich nötig haben, erledigt werden.

und müssen daher billig auf das Bier, Brot und Fleisch, von die Mensch leben muss, nur sehr geringe Zonen und Abgaben gelegt werden. Bei der Verwaltung der Finanzen müssen Billigkeit und Menschenfreundlichkeit mitsprechen; die Menschenfreundlichkeit muss den Besitz führen und die Art der Auslagen vorschreiben; die Billigkeit verlangt, daß niemand dem Staat über seine Kräfte Steuern zahlt und die Abgaben im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit stehen. Wer nur hundert Taler zu verzehren hat, darf nicht mehr als zwei entrichten, während der, dessen Einkommen tausend Taler beträgt ohne Beschwerde hundert zahlen kann. Die Auslagen dürfen weiter den Arbeitern, noch den Soldaten, noch den Armen treffen, sondern nur den wohlhabenden und reichen Bürger." Das waren die Ansichten Friedrich II., nach denen er die Steuerlasten in seinem Staat zu verteilen gedachte. In seiner "Hohenzollern-Legende" der wir diese Ausführungen entnehmen, sagt Maurenbrecher: "Es sind die Ausführungen, die Freiheit den Ruhm einer beliebten sozialistischen Steuerverfassung" eingerichtet haben, die Worte, auf die die Soziale Röntgen-Legende sich voneinander stützt. Und in der Tat, die Absicht ist prächtig und gut. Eine progressive Einkommensteuer, die die höheren Einkommen schon in wöhiger Höhe mit zehn Prozent belastet, wird noch heutigen Tagß nur im kommunistischen Monarch und im Erfurter Programm der Sozialdemokratie gefordert.

Die "Hohenzollern-Legende" erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pf. im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Die Heft sind durch jede Buchhandlung zu haben.
Für 10 Pfennig wöchentlich kann jeder Parteigenossen für sich und seine Familie eine gute und lehrreiche Unterhaltungslektüre erhalten, wenn er die im Verlage der Buchhandlung "Vorwärts" erscheinende illustrierte Zeitschrift "In Freien Stunden" bestellt. Der im Frühjahr begonnene Roman "Der verlorene Sohn" ist einer der besten Romane der Neuzeit, der auch sicherlich den allgemeinen Beifall unserer Leser finden wird. Wir empfehlen daher auch allen Lesern das Abonnement auf "In Freien Stunden". Wenigstens sollte sich jeder Befrei ein Probeheft kommen lassen, daß der Verlag und alle Parteibuchhandlungen gratis und frankt zur Ansicht zu senden.

12.— Danzig 20 20 Dortmund, Elberfeld und Düsseldorf
10.— Eisleben/Bergheim 4. Quartal 1905 185 Grosbach i. S., ein Geschäftsräte von Wünsches Leben 2.—, Halleberg (Oberschlesien) 4.—, Homburg, Überseehaus der Maimarkt 223 75, Hamburg, in der Expedition des "Hamburger Echo" eingepflanzt 76.—, Lingenfeld 20.—, Bad Wildungen a. R. 200.—, Langenholzhausen 100.—, Luckenwalde, Nauß 5.—, Magdeburg, E. W., 1. Quartal 1906 10.—, Meerane 100.—, Mühlheim a. R. 69.74 Neukirchen 37, Nürnberg, W. H. 3.—, Nürnberg, Gau Nordhessen, zweites Halbjahr 1905 1533 60 New York, Dr. W. Romm 10.—, Oberstein a. R., vogtländischer Verein für Statistik Bitterfeld, 4. Quartal 1905 23 56, Oelsnitz i. B., von den Parteigenossen 100.—, Weida bei Limbach i. S. 2.—, Wolfsburg Spanien-Ostpreußen, Kreiswahlverein 182 93.—, Witten, J. Schmitz 1.—, Randow, Großheringen 100.—, Stuttgart, G. H. 10.—, Vorwärts, 4. Quartal 24 168 20, Wittenberg, Simon 3.—, Wobres Jacob, Rieselberg für 1905 18 000.—, Wittlich, 4. Quartal 1905 3.—, X. 9. 3. 40 000.—

Berlin, 16 Februar 1906.

Für den Parteivorstand:
A. Gersch, Unterstraße 69.

Eilt! Nur noch 5 Tage! Eilt!

Der Ausverkauf der Waren aus der C. Jacobsohn'schen Konturdmasse (Kaufhaus Germania), bestehend in fertigen, modernen Herren- und Knaben-Garderoben, Buckskins, Trikotagen, Hüte, Mützen, Krawatten, Arbeitsgarderoben und anderen Waren Holstenstraße 16 dauert nur noch 5 Tage, da der Laden außerordentlich vermietet ist. Die Preise sind so sabelhaft niedrig tagiert, daß ein jeder erstaunt sein muss und empfiehlt es sich schon jetzt, im Voraus seinen Bedarf zu decken. Ein Posten Prüfungs- und Konfirmanden-Anzüge sowie elegante Rock- und Gehrock-Anzüge zu jedem nur annehmbaren Gebot.

Konkurswaren-Ausverkauf Holstenstrasse 16.

im Hause des Herrn Schlachtermeister Mühl.

Verkaufszeit: Vormittags 9—1 Uhr, nachmittags 2—8 Uhr, Sonntags 11—1 Uhr.

Uhren, Gold- u. Silberwörter, überlaunt billig bei
Ernst Gentzen, Uhrmacher,
Königstraße 62, bei der Börse
Allerfeinstes

Holst. Tafelbutter
Pfund 1.40.
Feinste holst. Meiereibutter
Pfund 1.30.
Allerfeinste Hofbutter (ohne Konkurrenz).
Pfund 1.25.
Feinste Hofbutter
Pfund 1.20.

Frische Mecklenb. Fond-Eier
9 Stück 60 Pf. empfiehlt
C. Krapp, ob. Wohlstr. 6,
Gatterhandlung en gros — en detail.

Va. Schweinefleisch Pf. 80 Pf.
- Kindfleisch Pf. 60 Pf.
- Kohlwurst Pf. 60 Pf.
- Gehacktes Pf. 80 Pf.
- Ger. Mettwurst Pf. 1 Mt.
- Leberw. u. Gekochte Pf. 80 Pf.
- Braunschweiger Pf. 70 Pf.
- Süße Pf. 60 Pf.
- Kopfleisch Pf. 40 Pf.
f. Schmalz Pf. 70 Pf.
Bratenschmalz Pf. 40 Pf.
Sonntagnachmittag von 5 Uhr an:
Va. frische Knackwurst
empfiehlt

Julius Strohfeldt
Schweine-Schlachterei
13 Meierstrasse 13
Fernruf 1228.

Prima Schweinefleisch Pf. 80 Pf.
Prima Kindfleisch Pf. 55 Pf.
Prima Kalbfleisch 50 u. 60 Pf.
Prima hiesige Flohmen 80 Pf.
Va. Leberwurst u. Gekochte Pf. 70 Pf.
Prima Braunschweiger Pf. 60 Pf.
Bestes Schmalz Pf. 70 Pf.
Kopf und Bein Pf. 30 Pf.
empfiehlt

Wilh. Strohfeldt
Glockengiesserstr. 73
Markthalle 13, 14 u. 15.

Wegen gänzlicher Aufgabe des Geschäfts
H. Stoppelman, Lübeck
Schirmfabrik und Hutbazar von
Königstraße 73, Eingang Hünstraße. — Filiale: Schwartau, Markt 12.

Alten pisanten echten holländischen Käse
Alten Tilliter, Limburger, Ulmer, echten Wilster Marschkäse und Harzerkäse.
9 Eier 60 Pfennige.
Allerfeinste Meiereibutter 1.40 u. 1.30 Mt.
Bauerbutter 1.25 und 1.20 Mt.
Rauhleisch, Schweinsköpfe, Kohlwurst, Landmettwurst, Landleberwurst,
Schinkenspeck.
Auf alle Waren rote Rabattmarken.
Obere Wohlstraße 10. Hans Wegener.
Fernsprecher 1630.

Inventur-Ausverkauf

zu auffallend billigen Preisen.

Kinderstühle, jezt 42 Pf.	Auchenteller 15, 18, 23 Pf.
Kronenkerzen Paket 6 Stück 38 Pf.	Milchköpfe 5, 8, 12, 18, 23 Pf.
Klammern 60 Stück 13 Pf.	Becher 5, 9, 12 Pf.
Kloßbesen statt 50 jezt 28 Pf.	Butterdosen mit Deckel nur 18 Pf.
Zeuwagen jezt nur 23 Pf.	Emaillierte Teller statt 85 jezt 15 Pf.
Wecker-Uhren 1.90, 2.25—2.90 Mt.	Tassen, Porzellan statt 15 nur 10 Pf.

Riesen-Bazar

Breitestraße 33. Pietro Gagna. Breitestraße 33.

Geräucherter Schweinsköpfe
Kleine Rauchstücke
Kasseler Rippespeer
Prima Kohlwurst
Frisches Kopfleisch
Frische Brotwurst
empfiehlt

Oscar Keil
Buchmacherei mit elekt. Betrieb,
Schwarzsaeuer Allee 65, Ecke Weckhoffstr.
Fernsprecher 1447.

Hermann Hahn, Massieur,
Mühlenstraße 3, II.
Empfiehlt mich in und außer dem Hause in vor-
kommenden Fällen.

Kopffleisch
Leberwurst Stück 10 Pf.
Brotwurst Stück 10 Pf.
empfiehlt
Heinr. Viereck, Hürstraße 96.
Fernsprecher 1081

Große Möbel-Ausstellung.

Wer billig und gut Möbel kaufen will,
besuche

Paul Rehder's Möbelgeschäft

13 Hundestraße 13.
Gebe auf sämtliche Möbel 2 Jahre schriftliche Garantie.

General-Versammlung
der Männer- u. Frauen-Sterbekasse
„Amicitia“
am Sonnabend den 24. Februar
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannastraße 50/51
T.O.: 1. Abrechnung. 2. Wahlen. 3. Ver-
schiedenes.

Der Vorstand.

Petersen's Klubhaus
Hartengrube 25/27.
Sonntag den 25. Februar 1906:

Kappen-Fest

Einladung zum

BALLET

der Cronstädter-Büssauer Schweine-Gilde
am Sonntag den 4. März 1906
im Lokale des Herrn König, Ober-Büssau.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt für Herren 1 Mt., Damen frei.
Für Nichtteilnehmer ist das Lokal während des Balles geschlossen.

Das Komitee.